

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Konjunktur wohin?
Seite 3

**Keinen neuen Balkankrieg –
Keine Bundeswehr nach Makedonien!**
Seite 6



Wohnungen: Privatisierung!
Seite 12

**Globalisierung
und Aufbau Ost**
Seite 16

**Die tschechoslowakische
Malerin Hella Guth**
Seite 22



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/2400 94 68, Fax: 030/2400 94 69

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

ARBEITSMARKT. Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes hat sich die Zahl der Erwerbstätigen im April 2001 gegenüber dem April 2000 um 235.000 auf 38,516 Mio. erhöht, das ist ein Zuwachs von 0,6%. Damit hat sich die Trendwende bei der Anzahl der Erwerbstätigen seit 1998 (wenn auch abgeschwächt) fortgesetzt; in den Jahren davor war sie ständig zurückgegangen bis auf 37,194 Millionen. Die größere Anzahl von Erwerbstätigen speist sich aus zwei Quellen: Abnahme der Erwerbslosen (700.000 weniger seit Anfang 1997) und Zunahme der Erwerbspersonen (rund 860.000 mehr). Die Bevölkerungszahl ist mit Schwankungen von etwa 100.000 nach oben nahezu gleich geblieben; es hat also eine echte Erhöhung der Erwerbsquote gegeben. Seit April allerdings stagniert die Entwicklung.

PARTEIENFINANZIERUNG. Die CDU/CSU ist jetzt mit einem Gesetzentwurf vorgeprescht, obwohl, wie die PDS beklagt, vereinbart war, einen gemeinsamen Entwurf aller Bundestagsparteien auszuarbeiten. Die Union zieht nur schwache Konsequenzen aus der eigenen illegalen Spendenpraxis; vor allem die Annahme von Barspenden über 1000 Euro soll untersagt werden. Die PDS hatte in ihrem Entwurf von Februar vorgeschlagen, Spenden von juristischen Personen ganz zu untersagen und die von natürlichen Personen auf 30.000 DM jährlich zu begrenzen. Viel Wert legt dagegen die CDU/CSU auf ein weitgehendes Verbot der wirtschaftlichen Tätigkeit von Parteien; das richtet sich ausschließlich gegen SPD, die in großen Umfang Medienunternehmen besitzt.

EINBÜRGERUNG. Zur Antwort der Bundesregierung auf eine PDS-Anfrage zur Entwicklung der Einbürgerungszahlen im letzten Jahr erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke: Etwas mehr als 186.000 Menschen haben letztes Jahr die deutsche Staatsbürgerschaft erworben. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg von nur 30,3 Prozent. Damit liegt der Anstieg der Einbürgerungen im Jahr 2000 niedriger als im Jahr 1999, vor der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts. Lediglich bei Menschen aus dem Iran, denen nach altem Recht wegen Nichtentlassung aus der iranischen Staatsbürgerschaft ein Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft meist unmöglich war, haben die Einbürgerungszahlen deutlich zugenommen. Diese Erleichterung für Iranerinnen und Iraner macht fast ein Drittel des Anstiegs der Einbürgerungen im letzten Jahr aus. Auch bei Menschen aus einigen anderen Ländern – z.B. Libanon, Marokko und Afghanistan – scheint das neue Recht die Einbürgerung erleichtert zu haben. Extrem niedrig ist dagegen weiter die Zahl der Einbürgerungen von Menschen aus der Türkei. Knapp über

80.000 Einbürgerungen bedeuten: nur 4 Prozent oder jeder 25. der hier lebenden Türken und Kurden haben im letzten Jahr die deutsche Staatsbürgerschaft erworben. Bei dieser größten Gruppe hier lebender Migrantinnen und Migranten hat das neue Recht offensichtlich keine Erleichterung gebracht. Gar keine Zahlen hat die Bundesregierung über die Zahl der abgewiesenen Einbürgerungsanträge. Welche Folgen also die Verfünfachung der Einbürgerungsgebühr, die schikanösen Sprachprüfungen oder die Verfassungsschutzschnüffeleien hatten, bleibt damit im Dunkeln.

BUNDESANWALTSCHAFT ERMITTELT. Azadi, Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden, Köln, teilte am 4. Juli mit: Im Rahmen der Ende Mai in Berlin begonnenen europaweiten Kampagne zur Anerkennung der kulturellen und politischen Identität der Kurdinnen und Kurden, verbunden mit Forderungen nach einer Aufhebung des Betätigungsverbotes für die PKK, haben sich bereits mehr als 27.000 Kurd(inn)en zur PKK bekannt. Der Generalbundesanwalt hat als Reaktion auf diese „Identitätskampagne“ inzwischen ein neues PKK-Strukturverfahren eingeleitet (Aktenzeichen: 2 BJ 33/01-6). Damit macht die Bundesanwaltschaft deutlich, dass sie ungeachtet der politischen und strategischen Veränderungen der kurdischen Bewegung nicht bereit ist, sich aus ihrer Repressionshaltung gegen den Kurdinnen und Kurden in Deutschland zu lösen. Ausschlaggebend ist und bleibt jedoch das Verhalten der Bundesregierung, die bis heute keine Schritte in Richtung einer Entspannung gegenüber der kurdischen Bevölkerung signalisiert.

SCHLESIERTREFFEN. Nur im Bayerischen Fernsehen war es zu sehen und die *Süddeutsche Zeitung* berichtet darüber, aber eine Äußerung von dem unmittelbaren Betroffenen oder auch nur sein Redemanuskript gibt es nicht: Innenminister Otto Schily hat am Sonntag, den 15. Juli, in Nürnberg beim sogenannten Schlesier-Treffen gesprochen. Auf seinen Satz, dass sich Deutschland durch das verbrecherische Naziregime zum Weltfeind Nummer eins gemacht habe, erntete er Johlen und Pfeifen. Auch auf Aussagen wie vom „massenmörderischen Zweiten Weltkrieg“ oder vom Judenmord als „schlimmstem Schandmal deutscher Geschichte“ gab's Buh und Pfui von einem erheblichen Teil des Saales. Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Rudi Pawelka, soll, anstatt solche offenen rechtsradikalen Äußerungen zu verurteilen, laut *Südd. Ztg* geäußert haben, „Buhrufe gibt es häufig.“ Die Nähe der Landsmannschaft zu NPD und DVU ist offensichtlich; dass Minister als Ehrengäste oder Schirmherren teilnehmen und weiterhin öffentliche Mittel an diese Vereine fließen, sollte daher eigentlich ein Ende haben.

Konjunktur wohin?

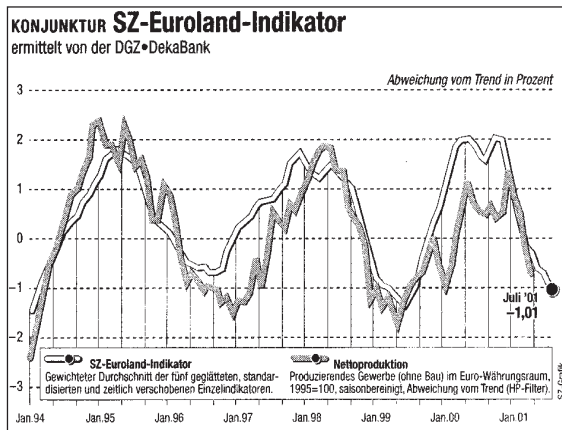
Oder: mehr Haushaltshilfen und „Zurückhaltung“ bei den Lohnforderungen beleben die Konjunktur auch nicht

In ihrer Ausgabe vom 14./15. Juli hat die *Süddeutsche Zeitung* einen im vergangenen Jahr von der volkswirtschaftlichen Abteilung der DGZ-DekaBank und der *Süddeutschen* entwickelten kombinierten Konjunkturindikator, den SZ-Euro-Indikator, vorgestellt. Dieser kombiniert verschiedene bestehende Indikatorsysteme wie die „ifo-Geschäftserwartungen“ oder den „Reuters-Einkaufsmanagerindex“ mit Indikatoren zur Zins- und Aktienentwicklung und verschiedenen Mehrländerindizes. Diesen „SZ-Euro-Indikator“ vergleicht die *Süddeutsche* mit dem Verlauf (dem Zuwachs) der Nettoproduktion über die letzten sieben Jahre und kommt zu dem Ergebnis: „Der SZ-Euro-Indikator spiegelt die Konjunkturschwankungen in den neunziger Jahren klar wieder Die zuletzt (seit März 2001) negativen Indikatorwerte lassen sich als Unterauslastung interpretieren. Der SZ-Euro-Indikator liegt bereits für Juli vor, während die letzten Daten der Nettoproduktion erst für April veröffentlicht sind, also besteht ein Vorlauf der Information von drei Monaten.“ (SZ 14./15.7.2001)

Auf drei aus dem Verlauf dieses Index und der Nettoproduktion gewonnene Punkte weist die *Süddeutsche* hin: Erstens, bis jetzt gleicht der Verlauf für den Zeitraum Februar 1999 (erneuter Anstieg der Nettoproduktion) in etwa dem des Konjunkturverlaufes zwischen Januar 1997 und Sommer 1998, zweitens, die „Talsohle“ ist noch nicht erreicht, und drittens, offen ist, ob ein Wiederanstieg der Nettoproduktion noch in diesem Jahr oder erst im nächsten Jahr – zum Zeitpunkt der Wahlen – zu erwarten ist, oder ob es Anzeichen für eine länger anhaltende Rezession gibt.

Während das letztere von den meisten Beiträgen der Wirtschaftspresse verneint wird, differieren die Beurteilungen für die voraussichtliche Dauer des Konjunkturabschwunges und seine Gründe.

Die *Wirtschaftswoche* schreibt: „Inflation drückt auf die Stimmung. Ein Ende der konjunkturellen Talfahrt in Deutschland ist nicht in Sicht ... Zusätzlich verschlechterten sich im Juni auch die Konjunkturerwartungen; Wirtschaftsforschungsinstitute, Verbände und Geschäftsbanken nahmen ihre Prognosen für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts weiter zurück. ... Angesichts des schlechten konjunkturellen Umfelds ist die Mehrheit der Finanzexperten vor allem für die Bau- und Automobilindustrie sowie den Stahlsektor



pessimistisch. Abkoppeln von dieser Entwicklung konnte sich dagegen die Chemieindustrie: Deren Aussichten für die nächsten Monate beurteilen die Befragten weiterhin äußerst positiv.“ (*Wirtschaftswoche* Nr. 27)

Unterschiedlich sind je nach Beurteilung der Konjunkturentwicklung und der verfolgten politischen Zielsetzungen also die vorgeschlagenen Maßnahmen und die propagierten Anforderungen.

Wird die Europäische Zentralbank die Zinsen senken, um das Geld zu „verbilligen“ und so die Investitionen zu verbilligen? Soll die Steuerreform vorgezogen werden, um damit angeblich die Kapitalkosten zu senken? Wäre nicht gerade jetzt Lohnverzicht das falscheste, wenn doch die Nachfrage ausbleibt?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke vertritt: Er „... sieht Anzeichen für eine Erholung der Konjunktur in Deutschland und der Euro-Zone in der zweiten Jahreshälfte 2001. ‚Wenn nichts Unvorhergesehenes dazwischenkommt, wird die Konjunktur im zweiten Halbjahr besser als im ersten‘, sagte Welteke am Montag am Rande einer Veranstaltung in Augsburg. Der Kaufkraftentzug durch die hohen Preise sei nur vorübergehender Natur, die Wettbewerbs- und Finanzierungsbedingungen für Unternehmen recht günstig ... Zur gegenwärtigen Zinspolitik der EZB sagte Welteke: ‚Es ist richtiger, wo eine neue Notenbank Vertrauenskapital aufbauen muß, keine Hektik an den Tag zu legen.‘

EZB-Präsident Wim Duisenberg hatte nach der vergangenen Ratssitzung gesagt, die Zinsen in der Euro-Zone seien ‚für einige Zeit‘ angemessen. Die nächste Ratssitzung der EZB steht am Donnerstag an. Analysten erwarten keine Zinssenkung in dieser Woche.

Es sei derzeit noch nicht klar, ob der Rückgang der Inflationsrate im Juni bereits eine Trendwende darstelle, sagte Welteke weiter.“ (dpa)

Da offensichtlich ist, dass die Zahl der Arbeitslosen gegenwärtig nicht sinken und der Beschäftigungsstand nicht steigen wird, verfolgt Wirtschaftsminister Müller den Schröder-Kurs weiter, die Verantwortung auf die „Unflexibilität“ der Arbeitslosen zu legen.

Berlin (dpa): „Der Vorstoß von Wirt-

schaftsminister Werner Müller (parteilos), Arbeitsunwilligen die Unterstützung zu kürzen, hat ein geteiltes Echo gefunden. Während das Bundesarbeitsministerium auf Distanz zu den Überlegungen ging und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) vor einer neuen ‚Stimmungsmache gegen Arbeitslose‘ warnte, bekam Müller Unterstützung aus den Reihen der Union. „Das ist nicht die Linie des Bundesarbeitsministers“, sagte dessen Sprecher Klaus Vater am Dienstag in Berlin zu den Vorschlägen. Er verwies auf Plä-

ne von Arbeitsminister Walter Riester (SPD), Qualifizierungs- und Wiedereingliederungsvereinbarungen zwischen Arbeitsämtern und Arbeitslosen zu schließen.“

Und die Unionsparteien hauen in die gleiche Kerbe:

„Der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Karl-Josef Laumann, begrüßte dagegen den Vorstoß Müllers, verband aber sein Lob mit der Forderung nach mehr Beschäftigungsmöglichkeiten im Niedriglohnbereich. ‚Die Regierung hätte Gelegenheit und Zeit gehabt, für Arbeitslose auch die unteren Lohngruppen zu erschließen und attraktiv zu machen.‘ Sie habe aber Beschäftigungsmöglichkeiten wieder zugeschnitten, indem sie die steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltshilfen abgeschafft habe.

Gerade in diesen Bereichen mit einem Stellenpotenzial von etwa 8 Millionen Arbeitsplätzen steckten große Chancen für Arbeitslose. Und noch weiter: Um den Niedriglohnbereich insgesamt attraktiv zu machen, sollten den Betroffenen nach dem Vorschlag der Union steuerfinanzierte, degressive Zuschüsse zu den Sozialversicherungsbeiträgen gezahlt werden.“ (dpa)

Mit Recht verweisen die Gewerkschaften darauf, dass Niedriglöhne ganz bestimmt nicht den sinkenden Auftragszugang in den Hauptindustriestrukturen beheben. „Der DGB warnte dagegen davor, weiter Stimmung gegen Arbeitslose zu machen. DGB-Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer wies im ARD-Morgenmagazin den Vorstoß von Müller mit den Worten zurück: ‚Dahinter steckt doch die alte Theorie, dass die Arbeitslosen zu faul sind zu arbeiten, und mit diesem Unsinn sollte endlich Schluss sein. Damit ist in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation niemand geholfen ...‘“ (dpa)

Während Bundeskanzler Schröder sich mit der Linie der „ruhigen Hand“ – Devise Abwarten – in den Urlaub verabschiedet hat, sprechen alle Anzeichen dafür, dass nichts gegen die Forderung nach deutlichen Lohnerhöhungen und nach Ablehnung der fortgesetzten „Lohnzurückhaltung“ spricht: bestimmt nicht die Konjunkturindikatoren. *chc*

IG Metall Baden-Württemberg Tarifkommission beschließt über weitere Tarifpolitik

STUTTGART. Am 5. Juli hat die Große Tarifkommission der IG Metall für die Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg erwartungsgemäß dem Abschluss über die Qualifizierungsvereinbarungen zugestimmt.

Interessant ist, was die IG Metall in der nächsten Zeit verfolgen will. Wir zitieren aus der verabschiedeten Entschließung der Tarifkommission:

„Für unser weiteres tarifpolitisches Handeln resultiert aus dem Verhandlungsergebnis folgendes:

Der Schutz vor Leistungsüberlastung bleibt eine wesentliche Aufgabe einer nachhaltigen Arbeitspolitik. Die Beschäftigten müssen eine Möglichkeit haben, sich gegen Gesundheitsgefährdungen und die rigorose Nutzung ihrer Arbeitskraft zu schützen.

In den ERA-Verhandlungen (Entgelt-rahmenabkommen) muss die Mitsprache bei der Festlegung von Leistungszielen auf für Zeitlöhner und Angestellte eine wesentliche Zielsetzung sein. Daneben verlangt ein wirksamer Schutz vor Leistungsüberlastung auch eine entsprechende Arbeitszeitgestaltung. Dies wird nur gelingen, wenn wir den differenzierten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten Rechnung tragen. Daraus folgt, dass wir den Auftrag, die Arbeitszeitgestaltung zu verhandeln, nach einer Grundsatzdiskussion über arbeitszeitpolitische Eckpunkte aufnehmen werden.

Es gibt eine große Kluft zwischen Arbeitszeitrealität und unseren Tarifnormen. Dies gilt insbesondere für die Forschungs- und Entwicklungsbereiche in den Unternehmen. Die IG Metall will auch hier mit ihren Tarifverträgen wirksam die Arbeitsbedingungen gestalten. Dies setzt voraus, dass es uns gelingt, für neue Entwicklungsstandorte, wie z. B. bei Bosch, die Tarifbindung zu erreichen. Die konkrete Ausgestaltung des dort in Rede stehenden Arbeitszeitmodells bedarf weiterer Diskussion. Dies bedeutet, dass nur die GTK eine Entscheidung über Tarifbestimmungen treffen kann, die von den bisherigen Tarifnormen abweichen.“

(Damit hat die IG Metall Bezirksleitung einen Dämpfer erhalten. Bei Bosch

Schwieberdingen, wo hauptsächlich Ingenieure an der Entwicklung arbeiten, hat der Betriebsrat nach längerem Drängen sich bereit erklärt zu verhandeln, dass mehr als die tariflich vorgesehenen 18% der Belegschaft 40 Stunden in der Woche arbeiten können, wenn dies freiwillig geschieht. Die Geschäftsleitung hatte darauf gedrängt, weil der Arbeitsmarkt für Ingenieure leer sei und mit Verlagerungen gedroht. Der Betriebsrat hatte mit der IG Metall Bezirksleitung dann einen Ergänzungstarifvertrag angegangen, in dem freiwillig und mit Arbeitszeitkonten eine Ausweitung der 40-Stunden-Verträge ermöglicht werden sollte; ein Vorgehen was in der IG Metall wegen Aufweichung des Tarifvertrags für Ärger sorgte, der Ausgang ist noch offen).

Interessant ist auch, dass die IG Metall



Baden-Württemberg trotz entsprechender Diskussion in den Betrieben sich noch sehr zurückhält mit Festlegungen für die Lohnauseinandersetzen im kommenden Jahr. Wir zitieren wieder aus der Entschließung:

„Generell stellt die Große Tarifkommission (GTK) im Hinblick auf die Tarifrunde 2002 fest, dass wir in der heutigen Phase der Hochkonjunktur reale Einkommensverluste zu verzeichnen haben. Die Abflachung des Wachstumstempos erfolgt auf hohem Niveau der Produktionsauslastung. Allerdings sind die Perspektiven für die nächsten Monate noch unsicher. Sicher erscheint aber, dass ohne eine deutlichere Dynamik der Inlandsnachfrage negative Tendenzen sich verstärken werden. Zum heutigen Zeitpunkt hat es aber keinen Sinn, über mögliche Volumina zu spekulieren. Die GTK wird Ende November intensiv Volumen und Forderungsstruktur diskutieren und im Januar 2002 ihre Forderung beschließen...“

alk

Krankenversicherung Müllers Coup

Der Einfall des Bundeswirtschaftsministers zur Neugestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung löste zum Teil ungewöhnlich abfällige Kommentare aus. Und wirklich, von irgendwie praktikablen Regelungen ist sein Vorschlag, die „Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung als Lohn auszuzahlen“, um dadurch die Entwicklung von Versicherungskosten und Lohnkosten zu „entkoppeln“, weit weg.

Letztes Endes läuft Müllers Vorschlag aber darauf hinaus, die Einzahlung in die Versicherung, die jetzt von der Höhe des Lohneinkommens abhängt, von ganz anderen Faktoren abhängig zu machen: Von dem Risiko, das die versicherte Person darstellt, und von dem Umfang der Leistungen, für die sie sich versichert. Es würden also, um es ganz klar zu sagen, wenig verdienende Menschen – in Prozenten ausgedrückt – doppelt oder dreimal zu viel zahlen müssen, wie gut Verdienende.

Mit der Präsentation der Daten (Kosten pro Person und Tag nach Alter und Geschlecht) wird erstmals in der Geschichte der BRD gezielt und für ein breites Publikum die Verteilung des Risikos zu einem Thema. So kosten die Kleinkinder ein Vielfaches der Erwachsenen (und zahlen dafür nix!) und im mittleren Alter die Frauen vielleicht doppelt so viel wie Männer (und sind oft noch mitverschert, Ehegattensplittingunrecht hoch³). Und dann noch die Alten!

Geboren werden, Kinder kriegen, alt werden sind Lebensprozesse, die nicht gegeneinander aufgerechnet werden können, weil sie sich gegenseitig bedingen. Ob die Gesellschaft der nachwachsenden Generation einen fairen Start ins Leben gewährleisten soll, ist eine politische Frage, die für die ganze Gesellschaft entschieden wird. Genauso ist es ein politisches Ziel, den Frauen wenigstens die Kosten rund ums Kinderkriegen nicht als persönliches Risiko aufzurechnen. Ähnlich die Gewährleistung eines humanen Alterns.

In der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift waren wir darauf zu sprechen gekommen, dass die Kosten im Gesundheitswesen auf drei Wegen gedeckt werden müssen, nämlich von Staats wegen, finanziert aus der Steuer, von einer gesetzlichen Pflichtversicherung, in manchen Bereichen auch durch eine individuell ausgestaltete Preis/Leistungsbeziehung.

An Müllers Coup ist unter diesem Blickwinkel vor allem interessant, dass er die Verpflichtung der Öffentlichkeit für die Gewährleistung der humanen Aspekte des Gesundheitswesens gar nicht mehr sieht.

alk, maf

Quelle: www.bmwi.de

Dokumentiert: Der Müller-Vorschlag

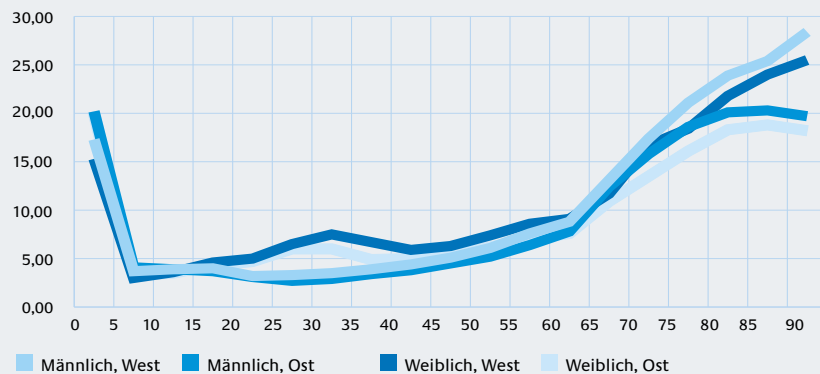
(Wirtschaftsbericht 2001, S. 35 bis 38)

Während bei der Rente die Beitragszahlung zeitlich klar vor dem Empfang der Leistung liegt, kann bei der Krankenversicherung ein Beitragszahler zeitgleich auch Leistungsempfänger sein.

Auch wenn insofern die Krankenversicherung das Element einer intergenerativen Umverteilung in geringerem Maße enthält, zeigen Modellrechnungen ähnliche Tendenzen wie bei der Rentenversicherung auf. Verschiedene Analysen errechnen einen Anstieg des Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung von heute durchschnittlich 13,5 Prozent bis 2040 auf 15 bis 31 Prozent. Bei den Studien am unteren Rand der Prognose wird auf einen veränderten Altersaufbau bei konstanter Ausgabenstruktur abgestellt, während bei den Prognosen am oberen Rand steigende Ausgabenprofile zu Grunde gelegt werden. Demnach erhöhen sich in diesen Rechnungen die Kosten nicht nur aufgrund der demographischen Entwicklung, sondern auch aufgrund des medizinisch-technischen Fortschritts.

Eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft kommt zu dem Ergebnis, dass der Beitragssatz der Pflegeversicherung von derzeit 1,7 Prozent auf 3,6 im Jahr 2030 bzw. 4,6 Prozent im Jahr 2040 ansteigen müsste, um den steigenden Ausgaben zu begegnen. Dazu trägt auch bei, dass bisher Pflegeleistungen in Privathaushalten vor allem durch Familienangehörige, d. h. insbesondere durch Ehepartner oder Kinder, erbracht werden, wobei 80 Prozent der Pflegenden weiblich sind; durch zurückgehende Geburtenzahlen und die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen steht dieser Personenkreis jedoch immer weniger zur Verfügung.

DURCHSCHNITTliche KOSTEN PRO PERSON/TAG IN DER GKV



Mit steigendem Alter steigen die Kosten für die Gesundheitsleistungen. Der veränderte Altersaufbau der Bevölkerung erhöht die Ausgaben in zweierlei Hinsicht; zum einen über den numerischen Effekt einer stärkeren Besetzung der oberen Altersklassen, zum anderen dadurch, dass die Ausgaben für die Älteren überproportional steigen, wie ein Vergleich der Ausgabenprofile im Zeitvergleich zeigt.

Gesamtkosten in DM je Tag, die Versicherte im Schnitt in der gesetzlichen Krankenversicherung verursachen (ohne Erwerbs-/Berufsunfähigkeitsrentner).

Quelle: Risikostrukturausgleich/Jahresausgleich 1998 (Zahlen des Bundesversicherungsamtes)

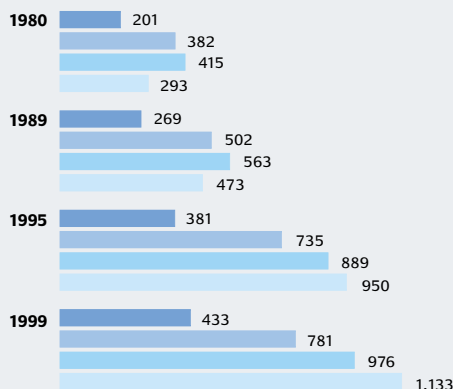
Auch wenn der Ausgabenanstieg für die sozialen Sicherungssysteme nicht per se bedenklich ist, sondern auch Ausdruck der geänderten Präferenzen und Bedürfnisse der Gesellschaft, so können stark steigende Beitragssätze keine Lösung für den demographisch bedingten Ausgabenanstieg sein. Denn durch höhere Sozialabgaben steigen die Lohnnebenkosten und dadurch sinkt die Wettbewerbsfähigkeit von Arbeitsplätzen und Unternehmen. Dies wiederum schmälert die Basis für Beitragszahlungen.

Hinzu kommt, dass die Möglichkeit im Gesundheitswesen, sich ab einer bestimmten Einkommenshöhe dem solidarischen Finanzierungssystem zu entziehen und einer privaten Krankenkasse beizutreten, den Kostendruck in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zusätzlich verstärkt – zumal die privaten Krankenkassen mit dem von demographischen Strukturen unab-

hängigeren Kapitaldeckungsverfahren arbeiten. Die Anreize, aus der Solidargemeinschaft abzuwandern, sind bei gut verdienenden „guten“ Risiken, also bei gesunden jüngeren Menschen ohne Kinder, besonders hoch. Umso mehr muss die Finanzierungslast von den übrigen Beitragszahlern getragen werden – und umso verlockender wird es, in die Schattenwirtschaft „abzuwandern“. Trotz des steigenden Bedarfs ist daher Beitragssatzstabilität erforderlich. Stabile Beiträge sind nur möglich, wenn ein Teil der Vorsorge von jedem Einzelnen selbst übernommen wird. Deshalb ist z. B. der Leistungskatalog ständig auf das medizinisch wirklich Notwendige zu überprüfen. Fallpauschalen als effizienzorientierte Leistungshonorare, eine stärker verzahnte ambulante und stationäre Versorgung oder bedarfsorientiertere Krankenhausplanungen sind reinen Kostenerstattungen vorzuziehen. Nachbarländer haben mit dem Hausarztmodell („Gatekeeping“) – einer Option, die mit der Gesundheitsreform 2000 auch den Kassen in Deutschland offen steht – gute Erfahrungen gesammelt. Mehr Wahlmöglichkeiten für die Patienten und die Möglichkeit der Kassen, mit verschiedenen Leistungsanbietern Verträge abzuschließen, würden das Wettbewerbselement im Gesundheitswesen stärken. Würden zudem die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung den Arbeitnehmern als Lohn ausgezahlt, wären die Beiträge von den Lohnkosten entkoppelt und es entstünde mehr Transparenz über ihre Höhe. Diese finanziellen Mittel müssten für den Aufbau einer privaten Vorsorge genutzt werden: Dann könnte auch in der Kranken- und Pflegeversicherung ein Einstieg in die kapitalgedeckte Vorsorge gelingen. •

WACHSTUMSBRANCHE GESUNDHEITSMARKT

Erwerbstätige (in 1.000)



Gesundheitsberufe haben starken Zulauf: Allein zwischen 1995 und 1999 ist die Zahl der Apotheker und Ärzte um 52.000 angestiegen, in den anderen Gesundheitsberufen gab es einen Zuwachs von 133.000, darunter 46.000 Krankenschwestern und Hebammen. Auch bei den sozialen Berufen (vor allem Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Erzieher) ist ein starker Wachstumstrend zu beobachten.

■ Ärzte/Apotheker
■ Krankenschwestern/Hebammen
■ Übrige Gesundheitsberufe
■ Soziale Berufe

Quelle: Statistisches Bundesamt; Daten vor 1995 nur Westdeutschland

Keinen neuen Balkankrieg – Keine Bundeswehr nach Makedonien !

Friedensbewegung ruft zu Protestaktionen vor der Bundestagsondersitzung auf

Mit aller Entschiedenheit wendet sich die Friedensbewegung gegen den geplanten Bundeswehreinsatz in Makedonien und ruft zu Mahn- oder Protestaktionen auf. Durch die Aktionen soll deutlich gemacht werden, dass sich die Friedensbewegung gegen einen erneuten Balkankrieg wendet. Statt einer weiteren militärischen Eskalation fordert die Friedensbewegung politische Lösungen für die Region. Die Konfliktregion braucht keine weiteren Kampftruppen. Um zu einer politischen Lösung zu gelangen, sind NATO-Truppen vollkommen fehl am Platz. Daher ist auch die im Bundeskabinett getroffene Entscheidung für einen möglichen Bundeswehreinsatz ein völlig falsches Signal.

Durch den geplanten Militäreinsatz in Makedonien wird der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien vom März 1999 zu dem, als was er entgegen allen

anders lautenden Beteuerungen bezeichnet werden muss: zum Präzedenzfall für eine neue NATO-Strategie, bei der die Interessen der NATO-Staaten gegebenenfalls auch militärisch durchgesetzt werden sollen. Ein UNO-Mandat ist nach dieser Strategie zwar wünschenswert, jedoch nicht zwingend notwendig. Die NATO wird damit zu einem Interventionsbündnis, die Bundesregierung unterstützt mit der Neuausrichtung der Bundeswehr diese Politik.

Die Bundesregierung widerspricht mit der Entscheidung für einen Bundeswehreinsatz in Makedonien zum wiederholten Male ihrem selbstgesteckten Ziel, wonach deutsche Außenpolitik Friedenspolitik sei. Sie trägt stattdessen zu einer weiteren militärischen Eskalation dieses Konflikts bei. Auch die Entscheidung, wonach der Makedonien-Einsatz nicht aus dem Verteidigungsetat, sondern aus dem Etat des Finanzministers bezahlt werden soll, widerspricht den ursprünglichen Zielen der Regierungskoalition. Damit wird ein erneuter Schattenhaushalt für das Militär geschaffen, während gleichzeitig die Sozialleistungen weiter zusammengestrichen werden. Für die militärischen Abenteuer der Bundesregierung werden immer wieder ausreichend Gelder zur Verfügung gestellt, bei einer sozial gerechten Politik hingegen wird mit dem Hinweis auf leere Kassen weiter gespart.

Der geplante Bundeswehreinsatz ist damit nicht nur ein Affront gegenüber einer friedensverträglichen Politik, sondern auch gegenüber einer sozial ausgewogenen Politik. Der Bundesausschuss Friedensratschlag verweist auf den Appell gegen den Umbau der Bundeswehr in eine Angriffsarmee: „Kriege verhindern – ‚Einsatzkräfte‘ auflösen“. Die örtlichen Friedensinitiativen/-gruppen werden aufgerufen, unter diesen verstärkt Unterschriften zu sammeln, sich mit den darin enthaltenen Forderungen in die öffentliche Diskussion einzubringen und gegen den geplanten Bundeswehreinsatz zu protestieren. Die nächsten Tage sollten genutzt werden, um den einzelnen Bundestagsabgeordneten, vor allem den Wahlkreisabgeordneten vor Ort, deutlich zu machen, dass die Friedensbewegung von ihnen ein NEIN zu einem Bundeswehreinsatz erwartet. Der Bundesausschuss Friedensratschlag ruft die örtlichen Friedensgruppen/-initiativen auf, ihren Protest per Brief, Telefon, Fax oder e-mail zu übermitteln. Am Vorabend der geplanten Sondersitzung des Bundestages, wo über den Bundeswehreinsatz beraten werden soll, sollen möglichst zahlreiche Mahn- und Protestveranstaltungen vor Ort durchgeführt werden.

Frankfurt am Main/ Kassel, 6. Juli 2001
Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Bernd Guß/Dr. Peter Strutyński



Wahrscheinlich wird in wenigen Tagen der Bundestag zusammentreten, um über den „Kriegs-, Pardon Friedenseinsatz“ (so die Tagesthemensprecherin am Abend des 5. Juli) abzustimmen. Die Friedensbewegung ruft dazu auf, am Tag der Sondersitzung im ganzen Land Mahn- und Protestaktionen durchzuführen (siehe Aufruf). Aber nicht nur die organisierte Friedensbewegung lehnt den Einsatz ab. Nach einer Spiegel-online-Umfrage von Ende Juni sprach sich eine Mehrheit von 57% der Befragten gegen einen Bundeswehreinsatz in Makedonien aus, mit 38% blieben die Befürworter in einer klaren Minderheit. Ablehnung äußerten z.B. auch die katholischen Einrichtungen Caritas international und Diakonie Katastrophenhilfe.

Der Bundestag muss für die Entscheidung zum Bundeswehreinsatz eine Zwei-

drittel-Mehrheit aufbringen. Im Blick auf zukünftige Interventionen warf Fischer in seiner Regierungserklärung zur Lage in Mazedonien schon die Frage auf, „ob man sich formal von solch hohen Hürden ... abhängig machen soll“.

Als Voraussetzung nennt sie eine Grundsatzvereinbarung zur politischen Lösung der Konflikte in Makedonien und den Verzicht auf jede militärische Option, eine Einigung über den Waffenstillstand und eine Selbstverpflichtung der UCK zur freiwilligen Waffenabgabe. Die Regierung will entsprechend der NATO-Beschlusslage einen Parlamentsbeschluss auf der Grundlage des kaum verhüllten Betruges. Entsprechend sieht der offizielle NATO-Einsatzplan einen 30-Tage-Einsatz zur Entwaffnung der UCK vor, und entsprechend soll der Bundestag die Entsendung der Bundeswehr beschließen. Es ist in diesem Zusammenhang von Belang, dass nach NATO-Lesart, die Fischer in seiner Regierungserklärung voll übernimmt, nicht die bewaffneten Angriffe der UCK die bedrohliche Situation und die Gefahr des Bürgerkrieges verantwor-

ten, sondern die Verfassung Makedoniens das eigentlich Problem darstellt – dieselbe Verfassung übrigens, die noch vor Jahren als vorbildhaft im Hinblick auf die Rechte der Minderheiten gepriesen wurde. Das bedeutet, dass die NATO ihren Druck vornehmlich auf die makedonische Regierung ausübt und die UCK, die sie ausgebildet, bewaffnete, trainiert hat und die weder im Kosovo noch in Makedonien für das Zusammenleben, sondern für ethnische Segregation ist, nicht ernstlich einschränkt. Mit Konfliktlösung hat das nichts zu tun.

Jeder wisse, betonte die PDS in der Bundestagsdebatte am 6.7. zu Recht, dass die 30 Tage der Einstieg zu einem längeren militärischen Engagement sind. Als erste Schritte eines Prozesses hin zu einem Frieden formulierte der PDS-Redner Gehrcke u.a. folgende Punkte: „ein klares und deutliches Nein zu allen Forderungen nach Veränderung der Grenzen auf dem Balkan“; „eine klare Einordnung der UCK als terroristische Organisation, die Entwaffnung der UCK, die Auflösung ihrer Strukturen und die Unterbindung des Waffen- und Geldnachflusses für die UCK auch aus Deutschland“; „eine deutliche Vertretung der Rechte aller Minderheiten auf dem Balkan, seien es Serben, Albaner, Roma oder andere Minderheiten“; „Federführung des gesamten Balkanprozesses bei den Vereinten Nationen und bei der OSZE“.

scc

Verteidigung oder Verweigerung?

Bei seiner ersten Vorführung vor das von der UNO eingesetzte Den Haager Tribunal hat es der frühere jugoslawische Präsident Milosevic abgelehnt, sich zu verteidigen. Er bestritt die Legitimation des Tribunals und verzichtete – zumindest vorerst – auf einen Verteidiger: „Ich halte dieses Tribunal für ein falsches Tribunal und die Anklage für eine falsche Anklage. Es ist illegal, weil es nicht von der UN-Vollversammlung einberufen wurde, und deshalb brauche ich keinen Rechtsbeistand für ein illegales Organ.“ Ziel des Verfahrens sei, so Milosevic, „eine falsche Rechtfertigung für die Verbrechen der NATO in Jugoslawien zu liefern“.

Milosevics Position wird, so unterschiedlich auch seine Rolle in den jugoslawischen Zerteilungskriegen beurteilt wird, von vielen Gegnern des Nato-Krieges gegen Jugoslawien unterstützt. Die hier beispielhaft angeführte Friedenskoordination Berlin bezeichnet das Tribunal in einer Erklärung als „Instrument des Angreifers gegen den angegriffenen Staat“. Sie macht geltend, dass die Einrichtung dieses Tribunals durch den UN-Sicherheitsrat ein Bruch geltender nationaler und internationaler Rechtsnormen sei, da kein Staat der UNO Strafhoheit übertragen habe und der Sicherheitsrat nach geltendem Völkerrecht nicht befugt sei, Verfassungen von Staaten außer Kraft zu setzen und internationale Gesetze zu erlassen, mit denen er sich Strafhoheit durch eigene Beschlüsse aneignet. Diese Auffassung wird auch von Nato-kritischen Fachleuten geteilt, etwa dem früheren US-Justizminister Clark Ramsey.

Der „Internationale Strafgerichtshof für die Verfolgung von Personen, die für schwere Verletzungen des humanitären Völkerrechts, begangen auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien seit 1991, verantwortlich sind“, wie das Den Haager Tribunal offiziell heißt, wurde 1993 auf Beschluss des Sicherheitsrates eingerichtet. (1) Tatsächlich war das Tri-

bunal stets in erster Linie Teil einer Intervention und erst in zweiter Linie ein Rechtsorgan. Es ist somit vornehmlich ein politisches Projekt, das juristische Mittel benutzt. Das Verfahren gegen Milosevic ist ein politisches Verfahren. Die vielfach geäußerten Befürchtungen, er habe keinen fairen Prozess zu erwarten, weil das Tribunal politisch mehr oder weniger unter dem Einfluss der mächtigen Staaten des Sicherheitsrates, also der sogenannten westlichen Welt steht, und dass selbst, wenn das Tribunal kompetent wäre, was es nicht sei, die Richter nicht unabhängig reagieren könnten (2), diese Befürchtungen sind nicht von der Hand zu weisen.

Trotzdem gibt es gute Gründe zu wünschen, dass Milosevic nicht auf der Haltung beharrt, seine Verteidigung zu verweigern, um die Illegitimität des Internationalen Gerichtshofes zu demonstrieren. Eine solche Strategie hat in der Geschichte der politischen Verfahren noch nie Erfolg gehabt, weder politisch noch juristisch, wie – ohne die Vergleiche allzu sehr strapazieren zu wollen – die erfolgreiche Verteidigung Dimitroffs vor dem Reichsgericht in Leipzig ebenso zeigt wie der Verzicht auf Verteidigung der zur Last gelegten Handlungen durch die Angeklagten aus der RAF.

Das Gericht und das Verfahren schafft Milosevic durch Nicht-Anerkennung nicht aus der Welt. Die scheinbar unerschrocken aufrechte Verweigerung bringt die politischen Absichten des Verfahrens und die Einseitigkeit des Gerichts nicht in Bedrängnis. Sie kommt tatsächlich eher einer Kapitulation nahe. Nur wenn er zur Anklage Stellung nimmt, widerlegt, was er widerlegen kann, aufdeckt, was er aufdecken kann, aber auch verantwortlich, was er zu verantworten hat, wenn er also an der Aufklärung und auch an der juristischen Aufarbeitung des Kriegsgeschehens teilnimmt, kann er – vielleicht – verhindern, dass die verfälschenden Darstellungen der NATO das Verfahren und das Urteil bestimmen. Für die kritische Öffentlichkeit könnte das Verfahren gegen Milosevic dann viele Anknüpfungspunkte liefern, die Rolle der NATO-Staaten im jugoslawischen Zerteilungskrieg, das Verbrechen der Intervention und die im Zuge der Intervention begangenen Kriegsverbrechen noch einmal zum Thema zu machen und den Gedanken zu verbreiten, dass das humanitäre Völkerrecht auch und gerade gegen die mächtigen Staaten Anwendung finden muss.

Kurz bevor Milosevic ausgeliefert wurde, hatte die Anklage die Verhaftung und Auslieferung hochrangiger kroatischer Militärs als mutmaßliche Kriegsverbrecher beantragt. Die kroatische Regierung stürzte in eine tiefe Krise,



nachdem Ministerpräsident Racan – erstmals – die Auslieferung zugesagt hatte und mehrere Minister daraufhin zurücktraten. Inzwischen jedoch hat das Parlament, unerwartet deutlich, dem Auslieferungsbeschluss zugestimmt. Ausgeliefert werden sollen wegen Kriegsverbrechen an kroatischen Serben der frühere Kommandant Ante Gotovina und der noch aktive General Ademi. Ademi gehörte zum Stab des berüchtigten Norac, dem die Massenexekution von serbischen und kroatischen Zivilisten in dem Städtchen Gaspic nahe Split zur Last gelegt wird. Noch im Frühjahr brachte die Verhaftung von Norac, der in Kroatien vor Gericht gestellt werden soll, das Land an den Rand eines Bürgerkrieges. Gotovina war Kommandant der operativen Zone „Split“ während der Operation „Gewitter“ 1995. Er befahl den Vorstoß der kroatischen Truppen in Richtung Knin, der ehemaligen Hochburg der Krajina-Serben, der eine gewaltige Spur der Vernichtung hinterließ.

Nach Serbien und Kroatien bereitet anscheinend nun auch die Serbische Republik Srpska in Bosnien einen Beschluss zur Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal vor. Jedenfalls verabschiedete die Regierung einen entsprechenden Gesetzesentwurf, über den das Parlament noch befinden muss. Dem Vernehmen nach hat der seit langem angeklagte und mit Haftbefehl gesuchte Karadzic seine Bereitschaft erklärt, sich dem Tribunal zu stellen.

Gegen Angehörige der UCK (sie wurde und wird teilweise immer noch von den USA und der BRD protegiert) wurde bisher nicht Anklage erhoben. Sie hat ihren Terror auf Mazedonien ausgeweitet. *sec*



NATO-Kriegsverbrechen in Jugoslawien. Bild oben: Explodierende Clusterbombe. Bild unten: Vormal wurde das Krankenhaus Dr. Dragisa Misovic in Belgrad von NATO-Bomben getroffen.

1 Für Interessierte zur Lektüre empfohlen: *Der Ad-hoc-Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien. Das UN-Tribunal im Schatten der internationalen Intervention.* Von Jule Gilles. Erschienen als Heft 1 in der Reihe *Neue Kritik aus Schule und Hochschule*, herausgegeben vom Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e.V. in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. Erscheinen im GNN-Verlag Süd, Juli 2001

2 Hans Köchler, Professor für Philosophie (Rechtsphilosophie) an der Universität Innsbruck, Fachmann für Internationale Beziehungen und Präsident der International Progress Organization, einer Konsultativorganisation der UNO, in: *Junge Welt*

Kollektivbestrafung macht 500 Palästinenser obdachlos

In der Nacht zum 3. Juli wurde ein israelischer Siedler namens Yair Har-Sinai in der Nähe der Siedlungsenklave Susia im Süden des Westjordanlandes erschossen. Siedlerkollegen, die tags darauf sehr ausgiebig befragt wurden, sagten zwei Dinge über ihn: dass er im Unterschied zu anderen Siedlern kein Gewehr trug und behauptete, für Koexistenz (mit den Palästinensern) zu sein; und dass er mehr als jeder andere Siedler stets eifrig darauf bedacht war, „Staatsland“, das heißt konfiszierten palästinensischen Boden, in Anspruch zu nehmen und deshalb Tag und Nacht seine Schafe dort weiden ließ, „um diesen Boden zu wirklich jüdischem Land zu machen“ – aus Sicht der Siedler das größte mögliche Lob. Dieser irregeleitete Mensch kann einem Leid tun, wie überhaupt die ständig wachsende Zahl der Opfer, die der heftige Wirbelsturm der vergangenen neun Monate fordert. Aber jeder unparteiische Beobachter muss einräumen, dass Har-Sinai beide Eigenschaften sich glatt widersprachen. Man kann nun mal nicht ein Freund von Koexistenz sein, und noch weniger ein unbewaffneter Pazifist, und gleichzeitig aktiv beteiligt an der Enteignung seiner Nachbarn. Har-Sinai starb an diesem Widerspruch.

Dies war in der Nacht zum 3.7. Am Morgen des 3. Juli, nur Stunden, nachdem Har-Sinai's Leichnam gefunden wurde, drang israelisches Militär in benachbarte palästinensische Dörfer ein, sprengte systematisch Häuser und die Höhlen, in denen viele der armen palästinensischen Bauern wohnen, zerstörte Plantagen und schüttete Brunnen zu. 500 Menschen wurden obdachlos gemacht. Bislang sind noch nicht alle Einzelheiten bekannt, da die Armee das ganze Gebiet umstellt hat und weder Menschenrechtsaktivisten oder selbst dem Roten Kreuz, das anbot, die eben enteigneten Familien mit Zelten zu versorgen, den Zugang gestattet.

Es handelte sich eindeutig um einen Akt kollektiver Bestrafung, in flagranter Verletzung des Völkerrechts. Und, noch schlimmer: Ein Mord wurde zum Vorwand genommen, um mit der Umsetzung eines langfristigen, umfassenden Enteignungsplans fortzufahren. Schon 1982 war das gesamte Gebiet – 86.000 Dunum – zum „militärischen Sperrgebiet“ erklärt und den dort wohnenden Palästinenser befohlen worden wegzuziehen, um Platz zu schaffen für die Gründung israelischer Siedlungen. Sie weigerten sich, die Reihe kleiner Dörfer zu verlassen, die oft mehr aus Höhlen als Häusern bestanden und in denen ihre Vorfahren Jahrhunderte lang gelebt hatten: Wad Rakhaim, Karbet al-Nabi, Imnaizel, al-Shatneh und Kharbet al-Sussia (den Namen wie die Böden des letztgenannten eignete sich die in der Nähe gegründete israelische Siedlung an). Die letzten beiden Jahrzehnte führten sie ein prekäres Dasein auf dem, was von ihrem Land übrig geblieben war, ständig Übergriffen und Anmaßungen der Siedler ausgesetzt. Nun wird anscheinend der Mord benutzt, um das Enteignungswerk zum Abschluss zu bringen. Diese tragische und empörende Geschichte illustriert wie wenig anderes die Sackgasse, in der wir stecken. Die israelische Regierung fordert einen Waffenstillstand: „vollständig, absolut ruhig, bei dem auch nicht ein Schuss fällt und nicht ein Stein geworfen wird“ – so die Worte von Ministerpräsident Sharon. Aber gleichzeitig wird den Siedlern erlaubt, weiterhin ihre bewaffneten Enklaven zu vergrößern und ihre Nachbarn zu enteignen, und dies unter dem Schutz und bei aktiver Mitwirkung der mächtigsten Armee des Nahen Ostens.

(Quelle: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/Welcome.html>)

Bilder: Bei einer der größten Abrissaktionen in der Geschichte des Konfliktes zerstören israelische Bulldozer Häuser von Palästinensern vor den Toren Jerusalems, Militär hält die verzweifelden Bewohner zurück.





Bulgarien: Sachsen-Coburg übernimmt die Regierung

Neuer Ministerpräsident Bulgariens wird nach dem Wahlsieg der „Nationalen Bewegung“ der 1946 vertriebene Ex-König Simeon (Bild). Mit vollständigem Namen heißt der Herr Sachsen-Coburg-Gotha. Das 1877/78 nach dem russisch-osmanischen Krieg als autonomes Fürstentum entstandene Bulgarien hatte als ersten König Alexander von Battenberg importiert, nach Konflikten dann Ferdinand von Sachsen-Coburg, Simeons Großvater. Ferdinand und sein Sohn Boris, der sich dann zum „Zar“ erhob, hatten sich äußerst weitreichende Machtbefugnisse gesichert, 1934/35 per Militärputsch die sogenannte Königsdiktatur errichtet, das Parlament aufgelöst, die Parteien verboten, die Pressezensur eingeführt und die lokale Selbstverwaltung durch eine zentrale Administration ersetzt. Zweimal zog Bulgarien auf Betreiben der von Sachsen-Coburg an deutscher Seite in den Krieg. 1946 musste der Dritte von Sachsen-Coburg, der als 6-jähriger 1943 seinen Vater ablöste, das sozialistische Bulgarien verlassen.

Jugoslawien: Ex-Königsfamilie erhält Besitztümer zurück

60 Jahre nach ihrer Flucht hat die Königsfamilie ihre Belgrader Paläste wieder in Besitz genommen. Laut einer Erklärung der jugoslawischen Regierung wurden der Weiße Palast, eines der bekanntesten Gebäude von Belgrad und bis zum Oktober letzten Jahres Regierungssitz, und der Alte Palast an Aleksandar Karadjordjevic, der sich Kronprinz nennt, übergeben. Das den Mitgliedern des Königshauses nach dem Sieg der Partisanen über den deutschen Faschismus aberkannte Bürgerrecht war der Familie bereits im Februar wieder zuerkannt worden.

Athen: Deutsche Gebäude können zwangsversteigert werden

Das Landgericht Athen bestätigte am 11. Juli die Pfändung und drohende Zwangsversteigerung des Goethe-Instituts, des Deutschen Archäologischen Instituts und der Deutschen Schule in Athen. Aus dem Erlös der Zwangsversteigerung sollen die 296 Hinterbliebenen des SS-Mas-

sakers von Distomo vom 10.7.1944 entschädigt werden. Das Landgericht Livadia hatte 1997 die Bundesrepublik in diesem Fall zu 54,2 Millionen DM Entschädigungszahlungen verurteilt. Nachdem die Bundesregierung das Urteil ignorierte, bestätigte der Oberste Gerichtshof Griechenlands im Februar 2000 das Urteil von Livadia. Daraufhin erschien der Gerichtsvollzieher in den deutschen Gebäuden. Auf Antrag der Bundesregierung setzte das Athener Landgericht bis zu seiner jetzigen Entscheidung die Beschlagnahme aus. Nun soll am 12. September die Pfändung stattfinden. Die Bundesregierung will Berufung gegen das Urteil einlegen und hofft außerdem auf einen Einspruch beim Obersten Gerichtshof, wo sie die Zuständigkeit griechischer Gerichte für Entschädigungsfragen verneint. Dieses Verfahren wird aber erst am 29. September stattfinden. Parallel dazu läuft ein Verfahren vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof, wo die Hinterbliebenen von Distomo ebenfalls ihre Schadensersatzansprüche durchsetzen wollen. Die Athener Regierung drängt auf eine außergerichtliche Einigung. Die Bundesregierung besteht aber darauf, dass alle griechischen Schadensersatzansprüche mit der Zahlung von 115 Millionen DM 1960 abgegolten worden seien. In Griechenland sind derzeit Schadensersatzklagen gegen die Bundesrepublik in der Höhe von 200 Milliarden DM anhängig. Hoffentlich werden die deutschen Untaten in Griechenland, auch wenn es Jahrzehnte zu spät ist, endlich gesühnt. Dem Außenminister Fischer sollte das als Warnung gelten, selbst wenn es Jahrzehnte dauert, die Vergangenheit holt einen ein. *rub*

Keine rumänisch-ungarische Annäherung

Das Treffen der Außenminister Rumäniens und Ungarns hat keine Annäherung in der Frage des sog. Statusgesetzes gebracht (s. PB 14). Ungarn stellt mit diesem Gesetz den Angehörigen der ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern sog. Ungarn-Ausweise aus und verschafft ihnen einen Sonderstatus, konkret v.a. begrenzte Arbeitsbewilligungen in Ungarn, soziale Absicherungen, Benutzung kultureller Dienste, finanzielle Unterstützung, sofern Kinder ungarische Schulen besuchen. Rumänien kritisiert die damit verbundene Diskriminierung der Nicht-Ungarn und die Einmischung in innere Angelegenheiten. Die Regierung fordert, das Ungarn das Gesetz bis zum Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit der EU suspendieren soll.

Tschechien: Geburtenrate eingebrochen

Wie aus der Volkszählung vom März dieses Jahres hervorgeht, deren Ergebnisse jetzt veröffentlicht wurden, leben in der Tschechischen Republik gegenwärtig

22% weniger Kinder als noch vor 10 Jahren.

Russland: Deregulierungsschub

Die Duma hat eine ganze Palette von Gesetzen verabschiedet, die die Durchsetzung marktwirtschaftlicher Verhältnisse wahrscheinlich enorm vorantreiben werden. Einmal handelt es sich um Gesetzespaket, das den staatlichen Einfluss auf private Wirtschaftsunternehmen beschneidet (Beschneidung staatlicher Kontrolltätigkeit und der bisher weitreichenden Lizenzpflicht für wirtschaftliche Tätigkeiten). Weitere wichtige Gesetze betreffen die Liberalisierung des Kapitalverkehrs, die Revision des Arbeitsrechts, das noch aus Zeiten der Sowjetunion stammt und nun durch ein flexibles und arbeitgeberfreundlicheres Gesetz ersetzt wurde, die Rentenreform (teilweiser Übergang zu einer kapitaldeckungs-finanzierten Altersvorsorge und Beseitigung egalitärer Elemente bei der Rente) und das Bodenrecht: Obwohl in der Gesellschaft Russlands außerordentlich umstritten, verabschiedete die Duma mit großer Mehrheit ein Gesetz, wonach besiedelter, nicht-landwirtschaftlicher Boden, der bisher lediglich zur Pacht vom Staat gemietet werden konnte, privatisiert wird. Selbst der Passus, dass Ausländer gleichberechtigten Zugang zum Bodenmarkt erhalten, passierte mit einer nur geringfügigen Änderung das Parlament.

Die Türkei immer weiter im Würgegriff des IWF

Nachdem die türkische Regierung weitere Forderungen des IWF erfüllt hat, sollen 1,5 Mrd. US-Dollar des IWF und weitere 1,7 Mrd. der Weltbank freigegeben werden. Zuvor hatte die türkische Regierung den Vorstand von Turk Telekom umgebildet und weitere fünf Privatbanken und die staatliche Bankenaufsicht gestellt. Mittlerweile haben 18 Banken ihre Unabhängigkeit verloren. Zuvor hatte die türkische Regierung einen türkischstämmigen IWF-Kommissar aus der USA als Wirtschaftsminister akzeptieren müssen und sich das Privatisierungs-, Steuer-, Lohn- und Sozialversicherungssenkungs- sowie Erweiterung des Staudammprogramms in den kurdischen Gebieten vom IWF diktieren lassen. Insgesamt wollen IWF und Weltbank 15,7 Mrd. Dollar an Krediten in die Türkei pumpen. Unfähig, die schwere Staats- und Wirtschaftskrise zu lösen, greifen türkische Regierung und Militär wie seit Jahrzehnten verstärkt zu Unterdrückungsmaßnahmen von Parteien, Medien, Gewerkschaften, Menschenrechtsvereinen und Friedensbewegung im Westen und militärischen Operationen gegen die kurdische Bewegung im Osten des Landes und flankieren so das Wirtschaftsprogramm des IWF. *rub*

Zusammenstellung: scc

MANNHEIM. Unter dem Motto „Anerkennung der politischen und kulturellen Rechte der Kurden – Demokratie in der Türkei“ fand vom 29. Juni bis 13. Juli ein Friedensmarsch von Mannheim über Stuttgart, Karlsruhe und Kehl zum Europaparlament in Straßburg statt. (Bild) 150 Menschen beteiligten sich an dieser 15-tägigen Aktion, die immer wieder von Behörden und Polizei behindert wurde. In ihrer Erklärung fordern sie u.a.: „Wir wollen keinen Separatismus, sondern Kooperation und ein friedliches, gleichberechtigtes Zusammenleben mit allen demokratischen Kräften innerhalb der türkischen Gesellschaft. Eine Verleugnung der Identität des kurdischen Volkes, seiner Sprache und Kultur wollen wir auch weiterhin nicht zulassen!“ – Am 30. Juni fanden Kundgebungen in zahlreichen europäischen Städten statt, z.B. in Köln mit 3000 Menschen, in Hamburg beteiligten sich 4000, in Berlin über 1000, in Zürich über 3000, in Paris über 4000, in London 3000, in Stockholm 400, in Bukarest 250, in Sofia 250 und in Den Haag 1500. *Kurdistan-Rundbrief*



Aktion 3. Welt Saar gewinnt Rechtsstreit gegen die CDU Merzig-Wadern

SAARLOUIS. Als berechtigten Rüffel gegen das selbstherrliche Vorgehen des Landrates Michael Kreiselmeier (CDU) und der CDU bewertet die Aktion 3. Welt Saar das Urteil des saarländischen Verwaltungsgerichtes in Saarlouis. Das Gericht hat in dem Urteil vom 21.5.2001 der Aktion 3. Welt in vollem Umfange Recht gegeben und den Landkreis Merzig-Wadern zur unverzüglichen Auszahlung von 13.000 DM und der Übernahme aller Verfahrenskosten verurteilt. Nach Verstreichen der 4-wöchigen Widerspruchsfrist ist das Urteil seit 26. Juni rechtskräftig. Das Geld wurde vom Kreistag bereits im Mai 1999 als Zuschuss für entwicklungspolitische Bildungsarbeit bewilligt. Nachdem die CDU bei der letzten Kommunalwahl die absolute Mehrheit gewann, weigerten sich der Landrat und die CDU, die bereits bewilligten Gelder auszus zahlen. Dieser Vorgang ist in der Bundesrepublik Deutschland bislang einzigartig. In der einschlägigen juristischen Fachliteratur finden sich dazu keine Angaben.

www.nadir.org/nadir/aktuell

Europäisches Institut für Volksabstimmungen entsteht in Amsterdam

FRANKFURT A.M. Die Bürgeraktion *Mehr Demokratie* beteiligt sich mit internationalen Partnern an der Gründung des „Initiative & Referendum Institute Europe“ (IRI Europe) in Amsterdam. Es soll Journalisten, Forscher, Politiker und Bürger über die Entwicklung der Volksrechte in den europäischen Staaten informieren und einen umfangreichen Internet-Service sowie Kongresse anbieten. Thomas Rupp aus Frankfurt a.M. vertritt *Mehr Demokratie* im Vorstand des IRI Europe. Er erklärt: „Die Direktedemokratisierung Europas schreitet voran. Doch bisher fehlte es an einer zentralen Informationsstelle für die europäische Öffentlichkeit. Diese Lücke schließen wir jetzt

mit dem IRI Europe. Wir hoffen, dass der Blick über die nationalen Grenzen die Sensibilität für die Volksabstimmung erhöht. Deutschland ist einer der letzten Staaten in Europa, die sich bisher auf Bundesebene der Volksabstimmung verweigern. Die Einführung der Direkten Demokratie in unserem Land hätte Signalwirkung für Europa.“

www.mehr-demokratie.de

Demonstration der Palästinensischen Gemeinde in München

MÜNCHEN. Am 30. Juni hat die Palästinensische Gemeinde München e.V. zu einer Demonstration vom Stachus zum Jakobsplatz aufgerufen, an der sich ca. 400 Menschen, vorwiegend arabischer und palästinensischer Nationalität, beteiligt haben. (Bild). Das Thema: „Frieden und Unabhängigkeit für Palästina“. In der Rede des Ägypters Al Gohari Macdi wird die These vertreten, dass eine langfristige Sicherheit der israelischen Bevölkerung nur durch einen gerechten Frieden mit den Palästinensern und den anderen arabischen Völkern garantiert werden könne. Damit wird die Existenzberechtigung von Israel nicht in Frage gestellt. Antisemitische Positionen können sich nicht hinter den berechtigten Forderungen

gen verstecken. Die Veranstalter haben das Verdienst, bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Aktion sensibel auf diese Problematik zu achten. Neofaschistischer Politik in München wurde keine Plattform geliefert, um rassistischen Antisemitismus zu verbreiten. *dil*

Arbeitslosenselbsthilfen zu dem 5000 x 5000-Projekt bei VW

BIELEFELD. „Sicher sind viele Arbeitslose, die sich Hoffnungen auf einen Job gemacht haben, nun enttäuscht. Doch sie wollen sich auch nicht dazu hergeben, tarifliche Standards zu unterlaufen“, so erklärte Angelika Beier von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen am 28. Juni die Reaktion gewerkschaftlicher Erwerbslosengruppen auf das Scheitern des VW-Modells für 5000 Arbeitsplätze. Thomas Bongat, Sprecher der Erwerbslosen in der IGM Wolfsburg, gibt offen zu, dass ein Teil der Erwerbslosen längere Arbeitszeiten und schlechtere Bezahlung in Kauf nehmen würde, ein anderer Teil sehe allerdings die Gefahr, dass eine Zustimmung zu diesen Bedingungen Druck auf das gesamte Tarifgefüge ausübe. Wenn Arbeitslose längere Arbeitszeiten, Samstagsarbeit ohne Zuschläge und unterm Strich eine deutlich schlechtere Bezahlung als bei regulär Beschäftigten akzeptieren, schade das langfristig den Interessen der Erwerbslosen und Beschäftigten. www.erwerbslos.de

Kein Misstrauensvotum mehr gegen Biedenkopf

DRESDEN. Nachdem der Missbilligungsantrag der PDS gegen Biedenkopf scheiterte, hat die PDS nicht vor, ein Misstrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten einzubringen. Dafür sehen die Beteiligten (PDS und SPD) keine



Grundlage mehr, weil die CDU-Mitglieder des Landtages, die sich in Flüsterzirkeln gegen Biedenkopf ausgesprochen hatten, umgefallen sind. Das Gegenteil trat ein: Solidarisierungseffekt mit Biedenkopf. Es wird zwar eingeschätzt, dass die sächsische Union wegen Biedenkopf außerordentlich verwundbar ist, die Opposition daraus aber kein Kapital schlagen kann. Die absolute Mehrheit von 76 Sitzen von 120 im Landtag erlaubt es der CDU, Anträge gegen die Regierung schnell zu Fall zu bringen. Die PDS hat sich nun für 2004 zum Ziel gestellt, die absolute CDU-Dominanz in Sachsen zu brechen. *abe*

11. Antirassistischer Ratschlag und Demonstration am 3. Nov. in Gera

GERA. Gera entwickelte sich zu einem Zentrum von „Führungskadern“ der rechten Szene in Thüringen. Führende Kader der NPD, JN, TAS und der „Kameradschaft Gera“ leben in Gera. Sie organisieren von hier aus Aufmärsche, Skinhead-Konzerte sowie Flugblatt- und Hetzkampagnen, Denkmalschändungen. Rechte Musikgruppen üben und spielen in Gera. Der „Aufruhr Versand“, einer der bundesweit größten Internet-Versender für Nazimusic, Naziliteratur, Nazikleidung und -abzeichen, hat seinen Sitz in Gera. Von Gera aus werden von rechten Gruppen Strategien und Konzepte entwickelt, die dazu dienen sollen, als sogenannte demokratische Kräfte unter der Bevölkerung Anerkennung zu finden. Dies alles und die immer mehr zunehmenden Übergriffe von Neonazis auf „linke“ Jugendliche und das schon unerträgliche „Hinnenehmen“ dieser Entwicklung sollte Anlass genug sein, um dem Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration und dem 11. Ratschlag zu folgen. Beginn der Demo: 10 Uhr, Treffpunkt: Platz der Demokratie, Gera.

www.buendnis-gegen-rechts-gera.de

Bayer AG attackiert kritische Berichterstattung der CGB

DÜSSELDORF. Die Leverkusener Bayer AG hat die Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. (CGB) unter Androhung hoher Verfahrenskosten gezwungen, ihre homepage vom Netz zu nehmen. Die CGB hatte eine domain angemeldet, deren Titel sich an Namen wie Germanwatch, AOLwatch und Human Rights Watch orientiert. Wegen angeblicher Verwechslungsgefahr – trotz eindeutig kritischer Ausrichtung der homepage – leitete der Konzern juristische Schritte ein. Mit einer zweiten Klageandrohung gegen Axel Köhler-Schnura, Vorstandsmitglied des Vereins, erzwang das Unternehmen zudem die Löschung der entsprechenden Marke. Köhler-Schnura hatte den beklagten Titel zuvor beim Patentamt München erfolgreich schützen lassen. Den Streitwert legte Bayer bei beiden Verfahren auf 250.000 DM fest, was zu Verfah-

renskosten je Verfahren von bis zu 200.000 DM geführt hätte. Der ehrenamtlich arbeitende Verein musste daher in die Lösung einwilligen.



Die Initiative beschäftigt sich seit über 20 Jahren mit den Schattenseiten der globalen Betätigung von Bayer. Das Verfahren hat bereits zu diesem Zeitpunkt große Summen verschlungen. Die CGB bittet daher dringend um finanzielle Unterstützung gegen die kostenträchtigen juristischen Attacken. Das Spendenkonto: Ökoband, Konto 179612, BLZ 500 901 00. Gescheitert ist indes der Versuch des Bayer-Konzerns, die Kritik der CGB im Internet zu unterbinden: alle Veröffentlichungen des Netzwerkes sind nun zu finden unter *www.cbgnetwork.org*

Ein Jahr liegt die Berufung herum im Prozess gegen Tobias Pflüger

TÜBINGEN. Genau ein Jahr liegt nun der Prozess gegen Tobias Pflüger wegen Aufrufs zur Fahnenflucht im NATO-Krieg gegen Jugoslawien zurück. Tobias Pflüger wurde damals vom Amtsgericht Tübingen freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft Tübingen legte jedoch Berufung gegen das Urteil ein. Seither tut sich – zumindest öffentlich – nichts. Rechtsanwalt Holger Rothbauer sagt zu dieser Situation: „Es ist schon sehr ungewöhnlich, dass ein Berufungsverfahren so lange liegen bleibt. Dies liegt jedoch an der Staatsanwaltschaft, die bislang so gut wie nichts zur Begründung der Berufung vorgetragen hat.“ Der „freigesprochene Angeklagte“ Tobias Pflüger meint zum Jahrestag: „Die Staatsanwaltschaft weiß doch gar nicht, wie sie ihre Berufung heute noch rechtfertigen soll. Hintergründe des NATO-Krieges gegen Jugoslawien sind heute einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich. Die Fernsehfilme „Bomben und Moral“ (BBC) und „Es begann mit einer Lüge“ (ARD) haben bisher nicht ernsthaft widerlegte Informationen über den NATO-Krieg deutlich gemacht und in eine breite Öffentlichkeit getragen. Die Stichworte „Hufeisenplan“, „Racak“, „Rambouillet“, „Rugova“, „DU-Muni-

tion“, „Streubomben“, „Graphitbomben“, „Kollateralschaden“ stehen für die Lügen, die Kriegsbrutalität und den Zynismus von NATO und Bundesregierung ... Es handelte sich um einen grundgesetzwidrigen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, an dem sich Bundeswehr-Soldaten nicht hätten beteiligen dürfen! Ein Aufruf an die kriegführenden Soldaten zur Verweigerung oder Desertion war deshalb damals Gebot der Stunde.“

Die Grundrechtsorganisation „Humanistische Union“ (HU) hat die 28 Erstunterzeichner einer taz-Anzeige (Aufruf zur Fahnenflucht) mit dem renommierten Fritz-Bauer-Preis ausgezeichnet. Tobias Pflüger war auf Einladung des Geschäftsführers der HU, Tobias Baur, bei der Preisverleihung am 10. Juni in Berlin anwesend.

An die Staatsanwaltschaft Tübingen richtet er die Forderung: „Nehmen Sie Ihre Berufung zurück und lassen Sie jeden Versuch, das rechtswidrige Vorgehen der Politik auch noch über die Justiz zu rechtfertigen.“ *www.Tobias-Pflueger.de*

Rollstuhl-Demonstration am 7. Juli „Für ein barrierefreies Mannheim!“

MANNHEIM. Für Samstag, den 7. Juli hatte „roll in e.V“, Club Behinderter und Nichtbehinderter, zu einem Alternativen Stadtrundgang eingeladen. (Bild) Es beteiligten sich Rollstuhlfahrer und einige Fußgänger, ein Reporter des Mannheimer Morgen und als einziger Parteienvertreter Frieder Bender, Grüne. Bei den Passanten fand die kleine Demonstration viel Aufmerksamkeit. Ziel war es, an einigen Beispielen auf dem Weg von der Alten Feuerwache in die Innenstadt unzumutbare Barrieren und Handicaps für Behinderte und ältere Menschen aufzuzeigen und Abhilfe zu fordern.

Mit einem Behindertenbeauftragten der Stadt (für die Gruppe der Frauen und Ausländer gibt es seit Jahren Beauftragte) gäbe es zumindest mal einen Ansprechpartner. Stadtrat Bender versprach, die Forderungen der Demonstranten im Gemeinderat einzubringen. Die Betroffenen haben vor, am Ball zu bleiben und Verbündete zu suchen.

E.R. Kommunal-Info Mannheim



Wohnungen: Privatisierung!

Stellungnahme des Sprechers eines Mieterrates

„Ein hinterhältiger Überraschungscoup“

KÖLN. Ich bin Sprecher des Mieterrates der vom Abriss bedrohten GAG-Siedlung (187 Wohnungen) Drachenfelsstraße in Klettenberg. „Modernisieren“ war das Schlagwort der Wohnungsverwaltung vor und nach der Kommunalwahl 1999. Aber es war von vornherein klar, dass das nur eine Scheinbehauptung war, denn man wollte in zwei oder drei Bauphasen bis 2006 die ganze Siedlung abreißen und modern neu aufbauen. Das stand im Zusammenhang mit der neuen Wohnpolitik der GAG und der neuen politischen Macht in Köln. Für uns als Mieterrat stand fest: Man will Schluss machen mit dem sozialen Wohnungsbau, mit der von der GAG gepredigten „Gemeinnützigkeit“. Mindestens 50% Eigentumswohnungen sollten gebaut werden.

Als Mieterrat haben wir uns zur Aufgabe gemacht, im Interesse der vielen älteren, oft allein stehenden Bewohner unserer Siedlung sowie auch der zahlreichen Sozialhilfeempfänger zu handeln. Der Kontakt zur Wohnungsverwaltung war insgesamt freundlich, aber man merkte unsere Einflusslosigkeit. Und nun haben wir auch in diesen Tagen mit keiner Silbe erfahren, dass der GAG /

Grubo-Konzern in einem schon lange geplanten Überraschungscoup seinen gesamten Wohnungsbestand privatisiert. Das bedeutet nun auch, wir, wie alle anderen GAG-Mieterräte in Köln, haben mit diesem Wohnungskonzern wohl nichts mehr am Hut. Wir stehen bei Null und müssen neue Überlegungen anstellen. Gewiss, das war ein Schock...

Aber inzwischen werden wohl die meisten klarsehen: Diese „Bombe“ war schon lange im Rahmen der Privatisierungspolitik scharfgemacht worden – die Lunte brannte! (...) Im „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 16./17.10.1999 konnte man lesen, dass die GAG-Aktie vor der Wahl vom 12.9.99 tagelang nicht gehandelt wurde, weil kein Interesse bestand. Sobald die CDU als Gewinner feststand, schoss der Kurs von 3051 DM auf 3325 DM. Kaum war das Bündnis mit der FDP zustande gekommen, schon stieg der Kurs auf die Rekordhöhe von 7000 DM.

Hier wird deutlich, wie kapitalistische Triebe wirken. Die Sorgen und Ängste der Mieter lassen die Börse unberührt: Die GAG-Aktie ist dieser Tage z.B. am 21.6.01 wieder um 10 Prozent hochgeschneilt. In dem o.a. „Stadt Anzeiger“

PDS offene Liste im Stadtrat:

„Die Mieten werden allgemein steigen“

KÖLN. Trotz massiver Proteste im Vorfeld der Ratssitzung am 3.7. und der Ablehnung durch SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS beschloss die Ratsmehrheit von CDU und FDP mit der Stimme des Republikaners den Verkauf des städtischen Wohnungsbestands. Es folgen Auszüge aus der Rede von Jörg Detjen (PDS) auf der Ratssitzung.

Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Rund 50 Prozent aller GAG- und Grubo-Wohnungen sind an Sozialhilfeempfänger vermietet. Sie werden die Leidtragenden dieser Privatisierungspolitik der CDU und F.D.P. sein. Seit CDU und F.D.P. im Kölner Rat an der Macht sind, will man dieser Personengruppe das Geld nehmen. Erinnert sei an den Köln-Pass oder an die jährlichen Kürzungen des Sozialhilfeeats. ...

Am 16. Oktober 1999 erscheint der „Kölner Stadt-Anzeiger“ mit einem Artikel unter der Überschrift „Aktienkurs schnellte nach der Wahl in die Höhe“. Der Kurs der GAG-Aktie, Herr Sterck, stieg zu diesem Zeitpunkt von 3051 DM auf 3325 DM. Am 7. Oktober, wenige Tage später, wechselten 418 Papiere den Besitzer – ein Geschäft von insgesamt 2,5 Millionen DM. Nach dem Koalitionsbe-

schluss, auf den Sie ja hingewiesen haben, Herr Sterck, schnellte der Aktienkurs sogar kurzfristig auf 7000 DM pro Aktie hoch und pendelte sich dann bei 4880 DM ein. Dieser Vorgang wurde vom Bundesamt für Wertpapierhandel eindeutig schriftlich registriert. Sie, Herr Bietmann, schreiben in Ihrem CDU-„Rats-Report“ – ich zitiere: „Es werden also keine Wohnungen verkauft, sondern Aktien gehandelt.“ Damit haben Sie vom Ablauf her natürlich recht. Zuerst spekuliert man mit der Aktie, dann verkauft man sie, und dann werden die neuen Wohnungen verkauft ... Die Mieten werden allgemein steigen.

Die Veräußerung der GAG hat aber noch viel weitergehende Auswirkungen. Die Stadt gibt die Möglichkeit aus der Hand, Wohnungspolitik in eigener Regie betreiben zu können. Sozialer Wohnungsbau ist Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge, und dieser Wohnungsbestand ist auch als Regulierungsmittel einzusetzen. Deswegen braucht die Stadt auch eigene Wohnungen, muss eine eigene Wohnungsbaugesellschaft haben, damit sie auch regulieren kann. Das wollen CDU und F.D.P. jetzt zerschlagen, weil sie den Großkonzernen Profite zutragen

KÖLN. Beschluss des DGB: 1. Mit großer Sorge und auch Verärgerung nimmt der Vorstand des DGB-Kreises Absicht der CDU und FDP-Fraktion im Rate der Stadt Köln zur Kenntnis, den gesamten Wohnungsbestand von GAG und Grubo an die Immobilien-gesellschaft der Stadtsparkasse zu verkaufen ... Der Vorstand des DGB-Kreises Köln verlangt vor der Schaffung von vollendeten Tatsachen eine offene und öffentliche Debatte ... Insbesondere muss in dieser Debatte die Sicherheit der Mieter, die in ihrer überwiegenden Mehrheit gleichzeitig Arbeitnehmer sind, thematisiert werden. 2. Der Vorstand des DGB ist besorgt über die wohnungspolitische Wirkung einer solchen Maßnahme. Im Vergleich mit anderen Städten in der Bundesrepublik Deutschland ist der Kölner öffentliche Wohnungsbesitz ein Mitgarant für ein niedrigeres Mietniveau. Geht dieser öffentliche, gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnungsbesitz verloren, so ist am Beispiel vergleichbarer Kommunen – exemplarisch seien hier München und Frankfurt/Main genannt – überall abzulesen, dass das Mietniveau deutlich ansteigt. 3. Der Vorstand des DGB-Kreises/Region Köln, Leverkusen, Erft wird alle Möglichkeiten des Protestes und Widerspruchs gegen diese mieterfeindliche Politik unterstützen. An einem möglichen Bürgerentscheid gem. Gemeindeordnung NRW wird er sich in einem ersten Schritt aktiv beteiligen.

KÖLN. Pressemitteilung des Konzernbetriebsrats und der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der GAG: ... Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln ... finanziert und subventioniert worden sind und z.T. weiter werden, dürfen nicht zu einer Handelsware werden ... Der GAG-Konzern wird den sozialen Auftrag des bisherigen Mehrheitseigners nicht mehr erfüllen können. Bei dem großen Regulativ des Kölner Mietenspiegels (41.000 Wohnungen) wird sich das Vorzeichen negativ verändern und nicht zuletzt werden Arbeitsplätze gefährdet, nicht nur die des Konzerns, sondern auch vieler kleiner und mittlerer Handwerksbetriebe ... Wir Arbeitnehmervertreter des GAG-Konzerns werden alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten des Widerstands ausschöpfen und dem Privatisierungswahn bestimmter politischer Gruppen die Suppe versalzen ... Eine in Vorbereitung befindliche Satzungsänderung bei der GAG und ein Beherrschungsvertrag zwischen der GAG und der Grubo, die diese Privatisierung nach unserer Vermutung im Vorfeld ermöglichen bzw. erleichtern sollen, werden von uns im Aufsichtsrat abgelehnt werden.

wurde damals hervorgehoben, was dahintersteckt; wörtlich: „...Hinter dem jüngsten Höhenflug stehe die Erwartung, das schwarzgelbe Ratsbündnis gebe die Aktienmehrheit in private Hände. Denn der Gedanke der Privatisierung zieht wie ein Leitfaden durch das Programm...“

... Meiner Meinung nach muss man das Thema Privatisierung unbedingt wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stellen. Zu diesem Thema einige Punkte, die wir damals in vielen Gesprächen erörterten.

1. Kriterium für die Privatisierung – jetzt der Wohnungsgesellschaften – ist ihre gewinnbringende Verwertbarkeit im privaten – ergo kapitalistischen – Interesse.
2. Die CDU/FDP-Ratsmehrheit (vor allem deren Hintermänner: Banken usw.) möchte im Prinzip alles privatisieren, was Käufern, Spekulanten usw. profitabel zu sein verspricht.
3. Durch die Privatisierung jeden öffentlichen Eigentums werden die Bürger, was ihren Anteil am Gemeineigentum anbetrifft, ärmer. Denn
4. Das Eigentum wird ihrer Einflussnahme, auch wenn das als Möglichkeit oft gar nicht mehr erkennbar ist, entzogen.
5. Soziale und kulturelle Einrichtungen wie Bücherei, Jugend- und Bürgerhäuser, Bäder, Sportanlagen, Parks und Erholungsflächen, Spielplätze usw. sind gefährdet, sobald ein privater Investor auftaucht.
6. Erarbeitete Gewinne aus den Unternehmen verbleiben nicht mehr in der öf-

fentlichen Hand, sondern fließen in private Hände.

Das sind nur einige Gesichtspunkte und Beispiele, die mit dem Ausverkauf unserer Stadt zu tun haben. Und es ist doch wohl wahr: Die Städte, in Köln unter der Regie der schwarz-gelben Ratsmehrheit, verschleudern jetzt und evtl. auch zukünftig – wenn man sie nicht hindert – nicht ihre Werte, sondern die ihrer Bürger und Bürgerinnen. ...

Wir, im Mieterat, sind uns darüber im klaren, dass Aufklärung Not tut. Und das im breitesten Sinne! Viele dieser Manipulationen im Privatisierungsbereich werden hinter den Kulissen im stillen Kämmerlein mit den wirtschaftlich Mächtigen geplant und ausgehandelt. Breite Gegenwehr müsste organisiert werden.

Zum Schluss möchte ich noch einfach fragen: Wem gehört denn eigentlich die Stadt? Die Stadt, ihre Straßen, Plätze und Grünanlagen, ihre Ämter und Dienste, auch ihre Wohnungsgenossenschaften (!), ihre Bäder und Sportplätze, ihre Theater und Bibliotheken – alles gehört doch den Menschen in der Stadt!

Und deshalb sollten die Menschen dieser Stadt es nicht zulassen, dass all das profitsüchtigen Spekulanten überlassen wird.

R. Heimann, Sprecher des Mieterates der (noch) GAG-Siedlung Drachenfelsstraße

Aus: Lokalberichte Köln 13/2001, erhebl. gekürzt

wollen. Das ist doch der Hintergrund der ganzen Angelegenheit.

Die Beschäftigten von GAG und Grubo sind dem Sozialen Wohnungsbau verpflichtet. Die Belegschaft ist über Jahre gewachsen und kennt sich mit dieser Materie genau aus. Sie preiszugeben halten wir für grob fahrlässig. Und wenn die Beschäftigten heute eine Belegschaftsversammlung durchführen und gegen Privatisierung protestieren, dann haben sie nicht nur Angst um ihren Arbeitsplatz, sondern sie machen sich auch große Sorge über die Entwicklung des Kölner Wohnungsmarktes insgesamt, weil sie zum Beispiel wissen, dass die Gewinne der GAG wieder in den Sozialen Wohnungsbau fließen.

Das ist ja der Vorgang. Die GAG macht ja Gewinne. 6 Prozent werden für die Aktie ausgeschüttet, und der Gewinn wird wieder in den Sozialen Wohnungsbau investiert. Und da weiß man noch gar nicht, wenn verkauft wird, wenn andere Unternehmen, andere Eigner bestimmen und regieren, wie diese Gewinne investiert oder ausgeschüttet werden. Das ist doch der entscheidende Hintergrund, aber darüber reden Sie gar nicht.

Die GAG ist aber auch ein Wirtschaftsfaktor, und da, Herr Knieps, bitte ich Sie, als Präsident der Handwerkskammer mal zuzuhören. Fällt die GAG an die Stadtparkasse oder einen weiteren

großen Immobilienhai, so weiß man noch gar nicht, ob dieser Immobilienhai, diese Firma, mit den bisherigen Firmen zusammenarbeitet. Wir haben in Köln insgesamt ein Volumen von 150 Millionen DM, die die GAG/Grubo jedes Jahr für Instandsetzung, Sanierung und Modernisierung ausgibt. Es sind in Köln insgesamt hundert Betriebe, mit denen die GAG zusammenarbeitet. Das sind Betriebe in Köln und in der Kölner Umgebung. Und das sind Hunderte von Arbeitsplätzen, die gefährdet werden. Denn dieses neue Unternehmen – und das ist ja ganz normal, wenn ein großer Immobilienhai das übernimmt – wird sagen: Wir arbeiten mit großen Unternehmen zusammen, und da interessiert uns die Kölner Regionalwirtschaft nicht.

... Sie, Herr Bietmann, begründen die Privatisierung in den Medien damit, dass die 1 Mrd. DM Verkaufserlöse für die Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt, die Museumsbauten und die Schulsanierung ausgegeben werden. Die PDS/Offene Liste hält das für eine klassische Umverteilungspolitik. Denn das Geld fließt vom Sozialen Wohnungsbau, wo es investiert worden ist, vor allem in Bereiche von Renommierprojekten, Prestigeprojekten, die anderen Bevölkerungsgruppen zugute kommen. Deswegen kritisieren wir diese Ausverkaufspolitik ...

Aus: Lokalberichte Köln 14/2001, erhebl. gekürzt

Kongreßzentrum Freiburg

Millionengrab KTS wird 5 Jahre alt

FREIBURG. „Städtebaulich richtig, wirtschaftlich notwendig und ein Schlüssel zur sozialen und kulturellen Entwicklung der Stadt“ – so hatte OB Rolf Böhme (SPD) bereits vor 15 Jahren die Notwendigkeit eines Kongresszentrums im Herzen Freiburgs begründet. Und gegen große Widerstände das teuerste Projekt der Nachkriegsgeschichte durchgesetzt. Am 28. Juni 1996 wurde das 160 Millionen schwere, vierstöckige Nobel-Haus mit elf Veranstaltungssälen nach vierjähriger Bauzeit eröffnet; nun war die BürgerInnenschaft anlässlich des fünften Geburtstages zu einem „Tag der offenen Tür“ geladen.

Eintritt ausnahmsweise umsonst, für Speis und Trank musste jedoch gezahlt werden. „Das Konzerthaus hat Freiburg einen Platz in der ersten Reihe der deutschen Kongress-Städte gesichert“, erklärt Böhme in diesen Tagen stolz und verweist auf eine Besucherauslastung von 86 Prozent. Bernd Dallmann, Geschäftsführer der „Freiburger Wirtschaft und Touristik GmbH“ (FWT), schwärmt von einer „glänzenden Erfolgsgeschichte“.

Wenig Grund zum Feiern sehen hingegen die KritikerInnen innerhalb und außerhalb des Gemeinderates. „Das Konzerthaus zeigt eine in Stein gehauene Repräsentationskultur“, kritisiert die grüne Fraktionschefin Maria Viethen. „Ein Haus für alle sollte es werden, wurde aber nur eine Bühne für wenige, bezahlt von allen“, kritisiert Architekt Günter Fligg. „Wer will schon 40 Mark für einen Stehplatz und 8 Mark für eine Cola ausgeben?“ „Das ist ein Riesenbetonklotz, der nur von wenigen genutzt wird,“ meint auch Winni Lutz von der Freiburger Umstrukturierungs-Gruppe. „Jedes Kaufhaus ist dagegen ein super-sozialer Ort.“

Fünf Jahre nach Inbetriebnahme zeigte sich, dass die Kritik der Bau-GegnerInnen berechtigt war, bilanziert Hendrik Guzzoni, Freiburger Gemeinderat der Linken Liste und Mitglied der „Bürgerinitiative gegen das Kongresszentrum“. Das gilt zum einen für die Kosten. Ursprünglich sollten für den Bau 90 Millionen Mark ausgegeben werden. Tatsächlich kostete das gigantomanische Großprojekt 160 Millionen Mark. Dazu kommen weitere 17 Millionen für den Bau der anliegenden Tiefgarage für Kon-

zerthausbesucherInnen, 14 Millionen Mark für den Abriss des nebenliegenden Hotels Turenne sowie ein jährliches Defizit von 8,2 Millionen Mark, das die Stadt als Verlustabdeckung an die Betreiberin FWT zahlt. „Dass dieses Geld bei Jugend- und Selbsthilfeprojekten, für soziale Initiativen, alternative Kultur oder Frauenprojekte fehlt, ist leicht nachzuvollziehen“, so Guzzoni. Mit Folgen auch für die kulturelle Entwicklung der Stadt. Ein solches Haus müsste nicht nur beim Orchester kulturelle Impulse setzen, sondern auch in anderen Sparten wie moderner Musik oder Jazz. „Diese Impulse hat es aber nie gegeben“, kritisiert Atai Keller, Vorstand des Arbeitskreises Alternative Kultur. Leider werde das Programm nicht von künstlerischem Sachverstand bestimmt, sondern von den Wirtschaftsförderern der FWT. Auch die befürchtete Luxussanierung des zwischen Bahnhof und Innenstadt gelegenen Viertels, verbunden mit einer Vertreibung einkommensschwacher MieterInnen und sozialer Randgruppen, trat infolge des Neubaus ein. „Die Mieten ums Eck steigen, da gibt es nicht nur das Eckhaus Wilhelmstr./Sedanstraße als Beispiel“, meint Winni Lutz. „50 neue Arbeitsplätze sollte das Konzerthaus verschaffen. Zählen wir die vielen Teilzeit-Jobs zusammen, so kommen wir heute auf umgerechnet 12 Vollzeit-Arbeitsplätze, meist minderer Qualifikation“, bilanziert Guzzoni. Auch der Umgang der Stadtoberen mit den Bau-KritikerInnen wirkt bis heute nach. So wurden autonome GegnerInnen, die vor dem Bauplatz gegen das Millionengrab demonstrieren wollten, vom heutigen Regierungspräsidenten Sven von Ungern- Sternberg (CDU) wegen ein paar Farbbeutel als „potentielle Mörder“ diffamiert; das Gelände rund um das von privaten Sicherheitskräften bewachte Baugelände wurde faktisch zur „demonstrationsfreien Zone“. Polizeikräfte griffen hart durch, sobald sich mehrere Personen zu lange in der Nähe aufhielten. Die legendären „KTS-Partys“ in der Wilhelmstraße wurden polizeilich verhindert.

Gern beruft sich die Stadtverwaltung auf einen BürgerInnenentscheid, den die Kritiker am 28. Juni 1988 durchgesetzt hatten. Damals votierten jedoch 36.439 Menschen mit Nein, nur 29.289 befürworteten den Prestige-Bau. Weil jedoch das gesetzlich verbindliche Quorum von 30 Prozent der wahlberechtigten FreiburgerInnen knapp verfehlt wurde, stimmte die Gemeinderatsmehrheit zwei Tage später trotz des Votums für das Konzerthaus. Eine Ignoranz des BürgerInnenwillens, die bis heute nachwirkt und im „Jahr des bürgerschaftlichen Engagements“ besonders sauer ausstößt. „Die alternative Kultur, soziales Engagement, Demokratie und BürgerInnenbeteiligung haben in dem Konzerthaus nichts verloren“, so Lili-Stadtrat Guzzoni. „Für uns gibt es andere Anlässe zum Feiern“.

Martin Höxtermann



Schulklasse klagt und gewinnt gegen Bürgermeister

NS-Zwangsarbeit nun auch in Gersthofen nicht mehr geheime Verschlussache

GERSTHOFEN / BAYERN. Ein engagierter Lehrer am Paul-Klee-Gymnasium in Gersthofen hat – mit Unterstützung der überregionalen Presse – durchgesetzt, dass die Schüler einer 11. Klasse im Rahmen eines Projekts Zugang zum Gersthofener Stadtarchiv erhielten, um etwas über die Lebensgeschicke der Zwangsarbeiter im Nationalsozialismus herauszubekommen. Der Gersthofener Bürgermeister Siegfried Deffner (CSU) verweigerte der Schulklasse den Zugang zum Stadtarchiv mit dem Argument des Datenschutzes. Gemeint war ein Schutz derjenigen, die im Faschismus Zwangsarbeiter einsetzten – nach bisherigem Kenntnisstand waren dies hauptsächlich Bauern. Deffner stützte sich bei dieser Argumentation auf seine höchsteigene Interpretation des Archivgesetzes. Das Verwaltungsgericht Augsburg gab jedoch Ende Juni 2001 der Klasse und ihrem Lehrer Recht. Ihre Aufklärungsarbeit wird nun von Sponsoren unterstützt.

Das Archivgesetz sieht einen Persönlichkeitsschutz von 90 Jahren ab der Geburt beziehungsweise zehn Jahren nach dem Tod sowie von 30 Jahren für Schriftgut vor. Peter Fleischmann, der Leiter des Staatsarchivs Augsburg, hat den Gymnasiasten seine Aktenbestände problemlos zugänglich gemacht. Ausreichend sei eine Verpflichtungserklärung, dass schutzwürdige Daten anonymisiert würden.

Deffner steht mit seinem Vorstoß jedoch nicht allein. Am Augsburger Schaezler-Palais wurde einem renommierten amerikanischen Wissenschaftler jahrelang der Zugang zu den Akten der Haberstock-Stiftung (über Hitlers größten Kunsthändler) verweigert, mit ähnlichen Argumenten. Auch hier half erst öffentliche Aufmerksamkeit.

„Mit dem Projekt soll ein Beitrag zur rationalen Aufklärung der Geschichte der Stadt Gersthofen geleistet werden“, teilte der Geschichtslehrer Bernhard Lehmann (51) in einem Schreiben an den Bürgermeister mit. Wenn die Ergebnisse der Arbeit in einer Ausstellung präsentiert würden, könnte das ein wenig da-

zu beitragen, den Sklavenarbeitern ein Stück ihrer Würde zurückzugeben, glaubt Lehmann. Der Bürgermeister argumentierte dagegen mit der Würde von „Personen und Firmen“, die dabei „an den Pranger gestellt“ werden könnten. Er wollte deshalb allenfalls dem Lehrer Zugang zum Gersthofener Stadtarchiv gewähren, nicht aber den Schülern: „Voraussetzung ist allerdings, dass Sie eine verbindliche und schriftliche Erklärung abgeben, dass Daten über Firmen und Personen, die Zwangsarbeiter beschäftigten, weder an die Schüler, an sonstige Dritte oder an die Öffentlichkeit weitergegeben werden. Dies gilt ebenso für die Namen von Zwangsarbeitern.“

Er verbot sogar seiner Friedhofsverwaltung, dem Lehrer Auskunft über die Gräber von Zwangsarbeitern zu geben. Die Gersthofener Stadtzeitung ließ er wissen: „Lehmann darf nicht mehr schnüffeln, wer wo nach 60 Jahren liegt.“

So interpretiert, könnte Geschichtsschreibung immer erst hundert Jahre nach dem Ereignis anfangen. NS-Zeit als geheime Verschlussache? Man fragt

sich, ob dieser CSU-Bürgermeister sich noch in den Zeiten von Strauß wähnt und ob die Entschädigungszahlungen für Zwangsarbeiter ihm unbekannt geblieben sind.

Aber Deffner betreibt den Populismus so, wie er es für richtig hält. Der Stadtrat habe seine Entscheidung „mit großer Mehrheit“ gebilligt. Der *Süd-deutschen Zeitung* sagte Deffner, zur angestrebten Aufarbeitung der Geschichte genüge es, „wenn da steht, wie viele Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter es gegeben hat“.

Die Auseinandersetzung hat eine Vorgeschichte, die allerdings den Standpunkt Deffners keineswegs einleuchtend macht. Ähnlich hatte Deffner schon 1994 reagiert, als eine Klasse des Paul-Klee-Gymnasiums eine Dokumentation mit dem Titel „Gersthofen im Nationalsozialismus zwischen Anpassung, Resistenz und Widerstand“ erarbeitete. Damals wurde u.a. die Rolle des 1978 verstorbenen Gestapo-Ehrenbürgers Georg Josef Wendler im Dritten Reich aufgedeckt. Wendler war nicht nur Mitglied der NSDAP, sondern auch Bürgermeister, und zwar von 1940 bis 1945 sowie erneut von 1952 bis 1967. Dessen autobiographische Aufzeichnungen hatte Siegfried Deffner in einem Tresor unter Verschluss gehalten. Und er sagt heute: Wer wie Lehmann den Gersthofen Ehrenbürger Georg Wendler als „Nazi-Bürgermeister“ beschimpfe, beleidige die ganze Stadt.

Lehmann erinnerte daraufhin daran, dass Ehrenbürger Wendler im Dritten Reich nie hätte hauptamtlicher Bürgermeister werden können, wenn er nicht „ein strammer Nazi“ gewesen wäre. Die Amerikaner hätten ihn sicher nach dem Krieg sonst auch nicht „eineinhalb Jahre ins Internierungslager gesteckt“.

Die Klasse 11a und ihr Geschichtslehrer beantragten beim Verwaltungsgericht Augsburg eine einstweilige Verfügung, um die Archivöffnung zu erreichen. Die Auseinandersetzung zog sich von Ostern bis Ende Juni hin. Das Verwaltungsgericht gab der Klasse Recht. Der Bürgermeister versuchte sein Gesicht zu wahren und erklärte, er wolle kein schlechter Verlierer sein – er verzichte auf Widerspruch. Die Archivbesuche konnten beginnen. Allerdings bleibt bis Schuljahresende nicht mehr viel Zeit.

Jedoch ist offenbar eine Fortführung nach den Ferien geplant. Beabsichtigt ist unter anderem, Zwangsarbeiter nach Gersthofen als Zeichen zur Versöhnung einzuladen und finanziell zu unterstützen. Eine Ausstellung soll am 17. Oktober eröffnet werden.

Inzwischen hat die Theodor-Heuss-Stiftung 5000 Mark für die Arbeit zur Verfügung gestellt, und deren Vorsitzende, Dr. Hildegard Hamm-Brücher, will zur Ausstellungseröffnung kommen. Weitere 1000 Mark sichert die Kreissparkasse Augsburg zu. *mif*

Wohnungsleerstand nimmt in Ostdeutschland zu. BERLIN. Nach Angaben des Bundesverbandes deutscher Wohnungsunternehmen ist die Leerstandsquote in Ostdeutschland von 13 Prozent 1999 auf 14,2 Prozent im Jahr 2000 gestiegen. Von 2,7 Millionen Wohnungen, die von genossenschaftlichen oder kommunalen Unternehmen bewirtschaftet werden, standen Ende 2000 380.000 Wohnungen leer. Das sind 30.000 mehr als 1999. Dadurch entstanden Mietausfälle von über 1,6 Millionen DM. Besonders gravierend ist der Leerstand mit plus 3 Prozent in mittelgroßen Städten wie Potsdam, Cottbus, Rostock, Schwerin, Magdeburg u.a. Mehr als 12.500 Wohnungen wurden von den Unternehmen 1998/99 „vom Markt genommen“. Im Bundesetat sind 300 Millionen DM für ein Stadtmietbauprogramm bereitgestellt worden, die aber nicht ausreichen, um den sichtbar werdenden Trend des Wohnungsleerstandes zu stoppen. *abe*

AGB-Wohnungsholding besteht auf Abriss. FRANKFURT A.M. Mit einer sehr knappen Mehrheit hat der Aufsichtsrat der AGB-Wohnungsholding am 18.6. beschlossen, die alten Wohnhäuser zwischen Volta- und Ohmstraße in der City-West abzureißen und es abgelehnt – wie von der Minderheit gefordert – die Gespräche mit den Bewohnern, dem Mieterbündnis und ihren Architekten über eine Sanierung fortzusetzen. Die Mehrheit im Aufsichtsrat rechtfertigte ihre Entscheidung mit einem neuen Gutachten, das weder dem Mieterbündnis noch dem Ortsbeirat bis heute vorliegt. Der Inhalt dieses nachgeschobenen Gutachtens ist fragwürdig. Das Mieterbündnis hatte nämlich über eigene Gutachten zuvor nachgewiesen, dass eine Sanierung der Häuser sehr wohl wirtschaftlich sein könnte. Zwar ist die Holding als GmbH an Beschlüsse des Stadtparlaments nicht gebunden, dennoch „könnte der Magistrat als Gesellschafter der Holding einen Beschluss gegen den Abriss fassen“ (Elke Sautner, SPD, Vors. des Wohnungsausschusses). AGB-Chef Junker hat kurz nach dem Aufsichtsratsbeschluss bereits die Ausschreibung für den Architektenwettbewerb für den Neubau versandt. *ola, frankfurter info*

Für eine zukunftsfähige Schule. MÜNCHEN. Auf der Vollversammlung des Bayer. Städtetags am 12. Juli in Augsburg wurde eine Resolution zum Thema „Für eine zukunftsfähige Schule“ beschlossen. Die 4 Grundthesen lauten: 1. Der Freistaat Bayern muss ein Konzept mit Zeit- und Finanzierungsplan zum schrittweisen Ausbau eines bedarfsgerechten Angebots an Ganztagschulen vorlegen. 2. Dort, wo keine Ganztagschulen angeboten werden, muss die Schule die organisatorische Verantwortung für Mittags- und Nachmittagsangebote übernehmen. Auch hier muss der

Staat entsprechend dem Erziehungsauftrag der Schule eine verlässliche Finanzierung sicherstellen. 3. Der Freistaat Bayern muss Sozialpädagogen an Schulen einstellen und das im Rahmen der Modellversuche zur Schulsozialarbeit bzw. für die Praxis-klassen von den Städten eingestellte kommunale Personal übernehmen. 4. Der Freistaat muss ein aktualisiertes Gesamtkonzept für den bayernweiten Einsatz von Computertechnik an Schulen vorlegen und die Ausstattung der Schulen als Gemeinschaftsaufgabe gesetzlich verankern.“

www.bay-staedtetag.de

CDU verliert Rechtsstreit gegen die Kunst. MINDEN. Die CDU hatte den Mindener Bürgern vor der letzten Kommunalwahl versprochen, für die Entfernung eines umstrittenen Kunstobjektes von Bildhauer Wilfried Hagebölling zu sorgen. Nachdem die CDU die Wahl gewann, ging sie flugs daran, gerichtlich klären zu lassen, ob die noch unter SPD-Mehrheit für 54.000 DM erworbene Metallschulptur nicht vom historischen Martinikirchhof der Stadt entfernt und dem städtischen Entsorgungsbetrieb anheimgestellt werden dürfe. Diesem Anliegen gab die erste Instanz Recht mit der Begründung, das „Vernichtungsabwehrinteresse“ des Künstlers sei nachrangig gegenüber dem Gebrauchsinteresse des Besitzers, also der Stadt Minden. Der Künstler könne den Stahlkoloss ja zurücknehmen, wenn er dessen Beseitigung verhindern wolle. Der 4. Zivilsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Hamm entschied nun genau gegenteilig und gab der Position des Künstlers Recht, der argumentiert hatte, dass seine „ortsbezogene Plastik“ anteilig einen über das Honorar gar nicht abgedeckten Wert an „schöpferischer Tätigkeit“ enthielte, der erst durch die öffentliche Darstellung seines Werkes exakt am Standort Martinikirchhof, für den es eigens geschaffen worden war, gedeckt sei. Das OLG begründete sein Urteil auch damit, dass das Kunstobjekt von Hagebölling erst bei einer völligen Umgestaltung des Martinikirchhofs – an die natürlich niemand denkt – seine symbolhafte Bedeutung für diesen Ort verlieren würde und dann vielleicht entfernt und umgesetzt werden dürfte. So aber bleibt das Urheberrecht – nach gültigem Gesetz – bis 70 Jahre nach dem Tode des Schöpfers erhalten. *www.kommunale-info.de*

Literaturhinweis. Ab Juli erscheint das „Archiv für Kommunalwissenschaften“ als „Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften“ im Selbstverlag des Deutschen Instituts für Urbanistik (difu). Der Preis sinkt von 75,40 auf 39 DM pro Einzelband. „Integration“ lautet das Schwerpunktthema der 1. Ausgabe.

Zusammenstellung: baf

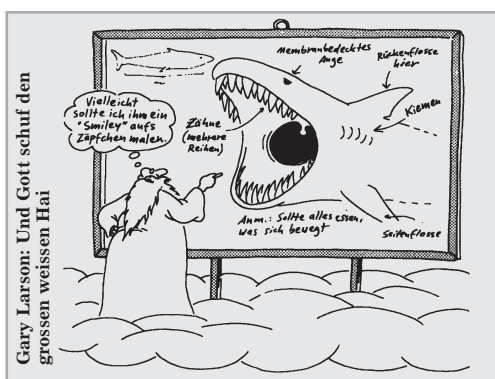
Globalisierung und Aufbau Ost

Vor ca. einem Jahr machte eine Meldung die Runde, nach der DaimlerChrysler seine Verkehrstechnik-Tochter ADtranz mit Werken in Hennigsdorf, Vetschau, Berlin und anderen Orten an die kanadische Bombardier-Gruppe für 1,5 Milliarden DM verkaufte. Bombardier wurde damit auf dem Weltmarkt für Verkehrstechnik führend. Bombardier steigerte mit dieser Übernahme seinen Weltmarktanteil an Verkehrstechnik von 9,5 auf 25 Prozent.

Allein im Brandenburgischen Hennigsdorf (ehemals LEW Hennigsdorf, größter Schienenfahrzeugproduzent der DDR mit hohen Exportquoten in den RGW-Raum) wurden mehr als 6.800, in der BRD insgesamt mehr als zehntausend Arbeitsplätze in den Werken der Deutschen Waggonbau AG (DWA), von den Interessen des Weltunternehmens Bombardier abhängig. Für die weltweit von der Übernahme betroffenen Belegschaften mit mehr als 23.000 ADtranz-Arbeitern und Angestellten stellte das – wie verschiedene Experten einschätzten – keinesfalls eine sichere Jobgarantie dar. Die DWA war 1990 aus dem VEB Kombinat Schienenfahrzeuge mit mehr als 25.000 Mitarbeitern hervorgegangen und wurde von der Treuhand als „sanierungsfähig und sanierungswürdig“ eingeschätzt. Der Betriebsrat von Bombardier/DWA mutmaßte schon zu dieser Zeit, dass durch Synergieeffekte unter Umständen Stellen gestrichen und Arbeitsplätze „überflüssig“ werden könn-

ten. Bombardier rechnete mit der Übernahme ostdeutscher Betriebe mit den dort vorhandenen qualifizierten und fähigen Belegschaften, die Garantie für die Erfüllung anspruchsvoller Aufträge, z.B. der Produktion von Doppelstockzügen für die Schweizer Bundesbahn, sein könnten.

Mitte Juni 2001 trat der von Vielen befürchtete Zeitpunkt ein: Bombardier spekulierte über die Schließung des Hennigsdorfer Werkes, des größten Standortes des Schienenfahrzeugbaus in Ostdeutschland. 2.500 Beschäftigte sahen ihre Befürchtungen bestätigt. Eine



Schließung würde weitere 7.500 Stellen in Zuliefererbetrieben betreffen. Sowohl die Landesregierung Brandenburgs und der Senat von Berlin wie auch der Bundestag und Bundesregierung wurden nun gezwungen, sich mit diesem Problem zu befassen. Im Bundestag erklärte PDS-Fraktionschef Roland Claus, dass die

PDS einige Schuld bei der Brandenburger Landesregierung sehe, die 1995 versäumt hätte, einen Großauftrag zur Produktion von Straßenbahnen dorthin und nicht einem Produzenten in Nordrhein-Westfalen zu vergeben. Claus griff – wie auch früher schon andere PDS-Politiker – die verfehlte Verkehrspolitik der Bundesregierung an. Brandenburg sei ein Opfer dieser verfehlten Politik.

Regierungschef Stolpe eilte postwendend nach Hennigsdorf und erklärte dort vor versammelter Mannschaft, dass die Landesregierung alles unternehmen werde, um Hennigsdorf zu retten. Die Länder Brandenburg und Berlin würden alles unternehmen, um günstige Bedingungen für Bombardier und Hennigsdorf zu schaffen. Im Gespräch ist der Bau eines Testringes, der als Erprobungszentrum auch von Bombardier genutzt werden könne. Außerdem wollen beide Regierungen die Auftragslage verbessern helfen, indem sie die Produktion von zusätzlichen Straßen-, S- und U-Bahnen vergeben wollen.

Nach Meinung des Betriebsrates von Hennigsdorf ist das alles zu wenig und kommt zu spät. „Wir sind seit zehn Jahren von Rationalisierungs- und Umstrukturierungskonzepten gebeutelt. Von den früheren 8.000 Mitarbeitern sind noch 1.500 da. Die übrigen 1.000 sind Neueinstellungen. Da sind die Leute resigniert und nicht mehr leicht zu motivieren“, so Birgit Kleinert vom Betriebsrat. „Die Regierung hat uns hängen lassen. Immer hieß es, Hennigsdorf passiere schon nichts. Das ist doch blauäugig.“ So wie Ministerpräsident Stolpe kamen auch andere Politiker schnell nach Hennigsdorf und versprachen „Solidarität“. Andere betonten, dass es notwendig sei, ein Signal für den Aufbau Ost zu setzen. Bombardier allerdings ließ sich nicht auf

Proteste der Bahnbeschäftigten

BERLIN. Die Gewerkschaft Transnet setzt ihren Protest gegen die Schließung von acht großen Instandhaltungswerken der Deutschen Bahn AG fort. Während einer Demo vor der DB-Zentrale am Potsdamer Platz in Berlin überreichten Belegschaftsvertreter 101 Fragen an Vorstandschef Mehdorn und machten klar, dass die 11.000 betroffenen Eisenbahner die Schließung und den Abbau von 6.000 Stellen nicht widerstandslos hinnehmen werden. Der Vorsitzende der Transnet-Gewerkschaft, Norbert Hansen, kündigte an, dass alle Rechtsmittel ausgeschöpft werden, um die Schließung der Werke zu verhindern. Er rief auch die Regierung auf, die finanzpolitische Vernachlässigung der Bahn aus der vergangenen Zeit zu bereinigen. **abe**
KÖLN. Am 2. Juli demonstrierten rund 800 Beschäftigte des Ausbesserungswerks auf dem Bahnhofsvorplatz in Köln (Bild).



Laut „Kölnerischer Rundschau“ vom 3.7. wurde die angekündigte Protest-Fahrt nach Frankfurt und Berlin zum Hauptvorstand und zum Verkehrsministerium aufgrund des massiven BGS-Aufgebots im Hauptbahnhof abgesagt. Die Polizei dementierte: Es sei nie beabsichtigt gewesen, die Kollegen daran zu hindern, die Züge zu besteigen. **u.b.**

Warnstreiks im Einzelhandel in Thüringen und Brandenburg

Nach dem in Hamburg vereinbarten Pilotabschluss, der in Niedersachsen nicht akzeptiert wurde, begannen in Thüringen und Brandenburg Tarifverhandlungen. In beiden Bundesländern hat die Gewerkschaft ver.di Warnstreiks angekündigt. Nach mehreren gescheiterten Tarifrunden soll damit Druck auf die Unternehmer ausgeübt werden. In 24 Thüringer Unternehmen sprachen sich über 90% der insgesamt 3000 Beschäftigten für den Ausstand aus, nachdem seitens der Unternehmer die Gewerkschaftsforderungen zurückgewiesen wurden. Ver.di verlangt Lohn- und Gehaltserhöhungen von 5,5 % oder mindestens 100 Euro monatlich. Die Gewerkschaft fordert die Einhaltung des Mantel- und Gehaltstarifvertrages in der Phase der Umstellung auf den Euro. Lohndrückerei und Arbeitsplatzvernichtung (Abbau um 4,5% im 1. Quartal 2001) wollen die Gewerkschafter nicht mehr akzeptieren. **abe**

der vom Betriebsrat öffentlich gemachten Betriebsversammlung sehen. Es hält sich weiterhin bedeckt und erklärt, man sei noch in der Entscheidungsphase. Hilsberg (SPD), seines Zeichens Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, erklärte im Bundestag: Im Fall Hennigsdorf sei man Zeuge eines Konsolidierungsprozesses in der Bahnindustrie, der auch zu sozialen Härten führe. Die Bundesregierung habe Mittel zur Verfügung gestellt. Nun käme es auf das Unternehmen an, ob es dieses Angebot annehmen werde.

Mit den Protesten, die bei DAW in anderen Orten laufen, und der beabsichtigten Schließung von Hennigsdorf wird klar, dass „Standort“ und globale Interessen vor Aufbau Ost gehen. Die Regierung steht hilflos, wenn ein Globalplayer seine Interessen durchsetzt. *abe*

Regenbogen-Bürgerschaftsantrag

Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte

HAMBURG. Auf Antrag der REGENBOGEN-Gruppe wurde am 27.6. der Antrag „Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte an Hamburger Hochschulen“ in der Bürgerschaft debattiert. Kernpunkt des Antrages ist es, studentische Hilfskräfte in Hamburg besser zu stellen und tariflich abzusichern.

Der Hintergrund: Seit acht Jahren wurden die Bezüge für studentische Hilfskräfte in Hamburg nicht mehr angehoben. Sie erhalten kein Weihnachtsgeld und ihr Urlaubsanspruch beschränkt sich auf das gesetzliche Minimum von vier Wochen. An Hamburgs Hochschulen arbeiten derzeit etwa 3000 Studierende unter diesen Bedingungen. Sie unterstützen ProfessorInnen durch Literaturrecherche und Kopierdienste bei ihrer Arbeit, leiten Tutorien oder übernehmen die Aufsicht in Bibliotheken. Ohne sie wäre der Hochschulbetrieb auf einen Schlag lahmgelegt. REGENBOGEN fordert den Senat auf, sich für einen bundesweiten Tarifvertrag einzusetzen. Unabhängig davon soll in Hamburg unverzüglich die Vergütung für Hilfskräfte von derzeit 15,68 Mark auf mindestens 18 Mark steigen, ein Weihnachtsgeld gezahlt und der Urlaubsanspruch auf sechs Wochen angehoben werden.

Derzeit konstituieren sich bundesweit in zahlreichen Städten und Bundesländern Initiativen für einen solchen Tarifvertrag, so beispielsweise in Bremen, Hannover oder Baden-Württemberg. Bisher gibt es ihn nur in Berlin. Dort erhalten studentische Beschäftigte derzeit etwa 20 Mark pro Stunde, haben einen angemessenen Urlaubsanspruch, eigene Personalvertretungen und garantierte Mindestvertragsdauern. Im übrigen Bundesgebiet orientiert man sich zwar an den

Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TDL) von 1993, in denen der Stundensatz von 15,68 Mark wiederfindet. Zahlreiche Bundesländer und Einzeluniversitäten weichen aber schon heute von diesen überalterten Richtlinien ab.

Die fehlende Lohnanpassung wird inzwischen auch für die Hochschulen zum Problem. Informatikfachbereiche haben zunehmend Schwierigkeiten, Hilfskräfte zu finden, die bereit sind, unter diesen Bedingungen zu arbeiten. Für sie gibt es bessere Angebote außerhalb der Hochschule.

Dazu die REGENBOGEN-Bürgerschaftsabgeordnete Julia Koppke:

„Was wir erreichen wollen sind die arbeitsvertraglichen Mindeststandards des öffentlichen Dienstes. Seit 1993 sind die



Tarife dort um 13,82 Prozent gestiegen. Übertragen auf die Hilfskräfte würde das ein Stundenlohn von rund 18 Mark bedeuten. Sechs Wochen Urlaub sind in der Arbeitswelt die Regel und auf ein anteiliges Weihnachtsgeld ist in nahezu allen Arbeitsverhältnissen üblich. Es gibt keinen Grund, gerade den Studierenden diese Leistungen zu verwehren.

Wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten müssen Studierende immer länger neben ihrem Studium arbeiten. Dies wird von allen Parteien beklagt. Dass der Senat die studentischen Hilfskräfte gleichzeitig als Sparschweine missbraucht, steht dazu im krassen Widerspruch. Wer die soziale Lage der Studierenden verbessern will, muss da ansetzen, wo er die Möglichkeit dazu hat. Die Stadt muss den Hochschulen für diese Vergütungserhöhung zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen – sie hat in den vergangenen Jahren genug an den Studierenden eingespart. Wer behauptet, das sei nicht finanzierbar und würde letztlich zum Stellenabbau führen, trägt die Versäumnisse der vergangenen acht Jahre auf dem Rücken der Studierenden aus.“

Den Argumenten von Regenbogen hatten die anderen Parteien nichts entgegenzusetzen, und so richtig prinzipiell mochte auch niemand dagegen sprechen. Was aber weder SPD noch GAL noch CDU hinderte, den Antrag abzulehnen.

(PM Regenbogen, Red.)

Unangemeldete Steuerprüfungen stoßen auf Empörung.

– HB, Montag, 2.7.01. –

„Die Kriminalisierung von Unternehmen durch Steuerschnüffelei ist der falsche Weg“, erklärte der Präsident des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft, M. Ohoven. Steuerprüfer sollen nach dem neuen Gesetzesentwurf zukünftig unangemeldet bei den Unternehmen erscheinen dürfen. Solche Besuche sind auch lt. ZDH „unverhältnismäßig und entsprechen nicht rechtsstaatlichen Prinzipien.“ Diese Auffassung wird vom BDI unterstützt. Der DIHT äußerte vorsichtiges Verständnis: durch Umsatzsteuerbetrug entstünden jährliche Schäden von ca. 20 Mrd. DM.

Wirtschaftsverbände sagen „freiwillige Frauenförderung“ zu.

– HB, Donnerstag, 3.7.01. – Als freiwillige Leistung können die Wirtschaftsverbände den Mitgliedsunternehmen Maßnahmen zur beruflichen Förderung von Frauen vorschlagen. D. Hundt (BDA) sprach von einer sehr vernünftigen Regelung. Der Wirtschaft bleibt eine gesetzliche Verpflichtung zur Frauenförderung erspart.

„Ein Stück Waffengleichheit“.

– HB, Donnerstag, 12.7.2001. – Im Bundeskabinett wurde der Gesetzentwurf „zur Regelung von öffentlichen Angeboten zum Erwerb von Wertpapieren und Übernahmen“ beschlossen. Die Aktionäre der Gesellschaft, für die ein Übernahmeangebot vorliegt, sollen danach über die Annahme oder Ablehnung des Angebots entscheiden. FDP und Bankenverband (BdB) kritisierten, das protektionistische Übernahmegesetz wirke sich lähmend auf die Kursentwicklung deutscher Banken aus. Transparente, liberale Übernahmeregeln auf europäischer Ebene „ohne Extrawürste für etablierte Vorstände oder Gewerkschaftsfunktionäre“ wurden gefordert. Die BDA findet positiv, dass Vorstände künftig Abwehrmöglichkeiten gegen feindliche Übernahmen haben und damit „ein Stück Waffengleichheit mit Unternehmen aus anderen Ländern hergestellt“ werde.

BDI will Gewerbesteuer durch Einkommen- und Gewinnsteuer ersetzen.

M. Rogowski, BDI-Präsident, fordert, die Gewerbesteuer durch eine kommunale Einkommens- und Gewinnsteuer zu ersetzen. Für Bund, Länder und Kommunen soll der Tausch belastungsneutral vonstatten gehen – jedenfalls im Durchschnitt. Je nach Hebesatz in den einzelnen Gemeinden kann es aber erhebliche Belastungsverschiebungen geben.

Presseauswertung: rst

Wahlprogramm der PDS Berlin.

Am 14./15. Juli stellte die PDS Berlin die Liste für die Abgeordnetenhauswahlen am 21. Oktober auf und verabschiedete ein Wahlprogramm. Dieses Programm zeigt, dass die PDS doch etwas mehr zu bieten hat als nur die Person Gregor Gysis. Das Inhaltsverzeichnis gibt einen ersten Überblick, wie die Berliner PDS meint, in einer Koalition mit der SPD politische Projekte für eine soziale Stadt durchsetzen zu können. Wir zitieren nach dem Entwurf.

Projekte: Zukunft für die ganze Stadt

1. Präambel
2. Filz beseitigen, Haushalt sanieren – der Stadt eine Zukunft bieten
3. Kulturstadt Berlin – Stadt des Wissens
 - 3.1. Eine Stadt – viele Kulturen

Berlin schreibt seine Kulturausgaben dauerhaft fest und entwickelt ein gesamtstädtisches Kulturentwicklungskonzept

Kulturinstitutionen reformieren – Kreativität fördern

Den Dialog über die kulturpolitische Aufgabenteilung weiterführen: Gesamtstaatliche Kulturaufgaben in Berlin muss der Bund tragen

Kultur schafft Arbeit: Berliner Kulturwirtschaft stärken
 - 3.2. Schule als Lern- und Lebensort für alle gestalten

Bildungsauftrag der Kitas anerkennen und Chancengleichheit beim Zugang zur Tagesbetreuung gewährleisten

Einwanderung akzeptieren – zweisprachige Erziehung fördern

Schulgesetz novellieren – Rahmenbedingungen für zukunftsfähige Schulen schaffen

Qualifizierte Schulbildung und zukunftsfähige Personalausstattung

Schulen sanieren – Schulstandorte langfristig sichern – Nachbarschaftsschulen entwickeln

Schulverwaltung dezentralisieren

Landesschulamt auflösen
 - 3.3. Chancengleichheit in der beruflichen Bildung

Überprüfung der Förderprogramme und Neustrukturierung der Berufsvorbereitung

Perspektiven auch nach abgebrochener Ausbildung bieten – Internationale Erfahrungen nutzen
 - 3.4. Zukunftsfähige regionale Innovationspolitik

Modernisierung des Berliner Hochschulgesetzes

Sicherung der leistungsfähigen Wissenschaftsstrukturen

Behutsame Umstrukturierung der Hochschulmedizin

Eine Innovationspolitik für die zwei Länder Berlin und Brandenburg
4. Eine gemeinsame Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik für die Region

- Wirtschaftsförderung an der Wissensgesellschaft ausrichten
- Europäisch denken und lokal handeln – Bezirkliche Beschäftigungs-Bündnisse als neue Chance sehen
- Jobrotation – Neue Zugänge für Beschäftigung schaffen, Kooperation stärken
- Stadtteilgenossenschaften als Existenzgründung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfangenden
- Wirtschaftsverwaltung modernisieren – Synergien durch Abbau von Doppelzuständigkeiten
- Beteiligungscontrolling und -management für die Beteiligung des Landes einführen
5. Soziale Stadt Berlin – Stadt für alle
 - 5.1. Soziale Stadterneuerung

Soziales Wohnen – Neuordnung der Wohnungswirtschaft

Neuorientierung der Innenstadtplanung

Gestaltung lebenswerter Stadtteile

Öffentliche Bäder erhalten
 - 5.2. Weltoffene Stadt: Einwanderung als Chance verstehen und gestalten

Einbürgerungsstau auflösen – Integration erleichtern

Wende in der Flüchtlingspolitik

Entwicklungszusammenarbeit – Global denken, lokal handeln
 - 5.3. Stadt der Jugend

Einstieg in die Regelfinanzierung für die Kinder- und Jugendarbeit

Jugend Raum geben
 - 5.4. Gesunde Stadt

Förderung der Kinder- und Jugendgesundheit

Medizinische Versorgung wohnungsloser Menschen

Bedarfsgerechte und humane Krankenhausversorgung
 - 5.5. Gesamtstädtische Sozialpolitik

Probleme erkennen – Sozialbericht erstattung qualifizieren

Förderung von Wegen aus der Sozialhilfe durch Lebensperspektiven in Arbeit

Kompetenzen von Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen besser nutzen

Die Würde der auf Pflege angewiesenen Menschen sichern
 - 5.6. Innovative Mobilitätspolitik als Standortfaktor für Lebensqualität, Beschäftigung und Wirtschaft

Nahverkehr stärken – Tarife senken, BVG sanieren, Beschäftigung sichern

Integrierte Verkehrspolitik – umweltgerecht und demokratisch

Flughafen-Konzept – Bestehendes besser nutzen, Belastungen reduzieren

Wirtschaftsverkehr – Funktionsfähigkeit und Stadtverträglichkeit sichern
 - 5.7. Grüne Stadt

Stadtgrün schützen und entwickeln

Regionalpark-Konzept mit Brandenburg umsetzen

Sozial und finanziell tragfähige Abfallpolitik

6. Demokratie demokratisieren – Verwaltung modernisieren
- 6.1. Demokratische Teilhabe stärken – Mehr direkte Demokratie in Berlin

Mehr direkte Demokratie in Berlin

Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt fördern
- 6.2. Öffentlichen Dienst umbauen

Neuer Beschäftigungspakt für den Öffentlichen Dienst von Berlin

Reform der Ministerialverwaltung (Hauptverwaltung)
- 6.3. Moderne Verwaltung – bürgerorientierte Dienstleistung
- 6.4. Polizeireform: Für eine bürgernahe und sparsame Polizei

Reform der politischen Ebene

Neue Struktur für die Polizei

Innere Modernisierung

Neue Strategien für öffentliche Sicherheit
- 6.5. Strafvollzug verbessern ohne teuren Gefängnisneubau
- 6.6. Entkriminalisierung statt Repression in der Drogenpolitik
- 6.7. Rechtsextremismus und Rassismus entgegentreten

Quelle: www.pds-berlin.de

Über 30 Mitglieder und Sympathisanten der PDS haben sich am 14. Juli getroffen, um den „PDS Stadtverband Hamburg (Zusammenschluss für PDS-Politik in Hamburg)“ zu bilden. Sie verständigten sich auf 4 Sprecher und Sprecherinnen, die zunächst bis Oktober die politischen Aktivitäten der Mitglieder und der den Zusammenschluss unterstützenden PDS-Gliederungen und AGs koordinieren sollen, und bildeten zwei Arbeitsgruppen zu inhaltlichen und Strukturfragen. Mit der Gründung des Zusammenschlusses verbinden die Beteiligten die Absicht, die im Statut der PDS verbürgten Rechte für alle Mitglieder auch in Hamburg wiederherzustellen, und den Anspruch, solidarisch und kooperativ PDS-Politik zu entwickeln. Die Auseinandersetzung zwischen der Landesverband mit undemokratischen Mitteln dominierenden studentischen Liste Links auf der einen, verschiedenen Strömungen auf der anderen Seite dauern nun etliche Jahre. Sie eskalierten mit dem Beschluss der Liste Links, entgegen dem Willen nicht nur vieler PDS-Mitglieder, sondern auch dem Rat und den Wünschen praktisch aller linken Organisationen in Hamburg, die sich überhaupt mit den Bürgerschaftswahlen befassen, als PDS zu den Bürgerschaftswahlen zu kandidieren und damit die Zusammenarbeit der linken Opposition in den Wahlen zu zerstören. Der PDS Stadtverband Hamburg unterstützt dagegen die Wahl der offenen Listen von „Regenbogen“, auf denen auch mehrere PDS-Mitglieder kandidieren, ebenso wie die DKP, Alternative Liste, Gruppe Arbeiterpolitik, Sozialistische Alternative und etliche andere. scc

Markt und menschliche Evolution

Arnold Künzli, Menschenmarkt. Die Human-genetik zwischen Utopie, Kommerz und Wissenschaft. Hamburg, 2001

1962 hatte der Basler Chemiekonzern Ciba nach London zu einem Zukunftssymposium geladen. Wie sie sich die Zukunft der Menschheit vorstellten, gaben dort rund zwei Dutzend Wissenschaftler bekannt, u.a. sechs Nobelpreisträger. Neu war an diesem Treffen, dass die Wissenschaftler zum ersten Mal öffentlich über ihre Forschungsprojekte informierten und deren zukünftige Richtung bekannt gaben. Bezeichnend war auch, dass eine der größten Chemiefirmen das Treffen ausrichtete.

Die Herren sprachen dort damals Klartext. Der Biologe Julian Huxley gab in seinem Eröffnungsvortrag die Richtung vor: „Die Verbesserung der genetischen Qualität des Menschen durch eugenische Verfahren würde eine große Last an Leiden und Qual von den Schultern der Menschheit nehmen und zur Steigerung der Lebensfreude und der Tüchtigkeit beitragen...Theoretisch könnte der Pegel der allgemeinen Intelligenz durch eugenische Selektion angehoben werden... Die Eugenik wird schließlich Methoden wie die künstliche Befruchtung durch Samenspenden von hoher genetischer Qualität anwenden müssen.“ (1) Wer entscheidet, was eine hohe genetische Qualität besitzt? Es wird schon klar, dass hier nach Elitengesichtspunkten selektiert werden soll. Aber auch nach dem Kriterium des bestimmten Zwecks. So formulierte der mehrfache Darwinpreisträger J.B.S. Haldane: „Widerstandsfähigkeit gegen Strahlung ist für Astronauten sicher eine wünschenswerte Eigenschaft... Falls es zu einem Atomkrieg kommt, werden die Überlebenden auf ihre Strahlungsresistenz selektiert sein, wenn eine solche Selektion möglich ist. Danach sind sie als Astronauten brauchbarer.“ (1) Da natürlich ein Atomkrieg noch andere Folgen haben könnte, wäre es sinnvoller: „strahlungsresistente Typen zu züchten, sobald wir wissen, wie man es macht.“ (1)

Schafft man sich so also den Menschen, wie man ihn gerade braucht, so machten sich die Wissenschaftler auch Gedanken darüber, was mit denen passiert, die man nicht braucht. Da „in den industrialisierten Ländern der Prozentsatz der Lebendgeborenen, die die Geschlechtsrei-

fe nicht erreichen, dank des medizinischen Fortschritts und des Lebensstandards im allgemeinen sehr klein“ sei, müsse das „zu einer vorausberechenbaren genetischen Verschlechterung führen“, prophezeite der Nobelpreisträger Hermann J. Muller, der sich damit zur Degenerationstheorie der rassistischen Eugeniker bekannte. Wenn man solche genetischen Verschlechterungen vermeiden wolle, so Muller, „dürfen in jeder Generation jene 20 Prozent der Bevölkerung, die schwerer als der Durchschnitt mit genetischen Fehlern belastet sind, entweder nicht bis zur Geschlechtsreife gelangen; wenn sie aber leben, so dürfen sie sich nicht fortpflanzen.“ (1) Unwertes Leben soll ausgelöscht werden. Der deutsche Faschismus war gerade ein paar Jahre her, und hatte seine Nachfolger gefunden. Man wundert sich dann auch nicht mehr, wenn sich auf dem Symposium dann auch offen zum Rassismus bekannt wurde. So der schon genannte, mehrfache Preisträger J.B.S. Haldane: „Ich zweifle an der Rassengleichheit... Unter annähernd gleichen Umständen erzeugen einige Rassen für bestimmte Aufgaben weit mehr hervorragende Menschen als andere.“ (1)

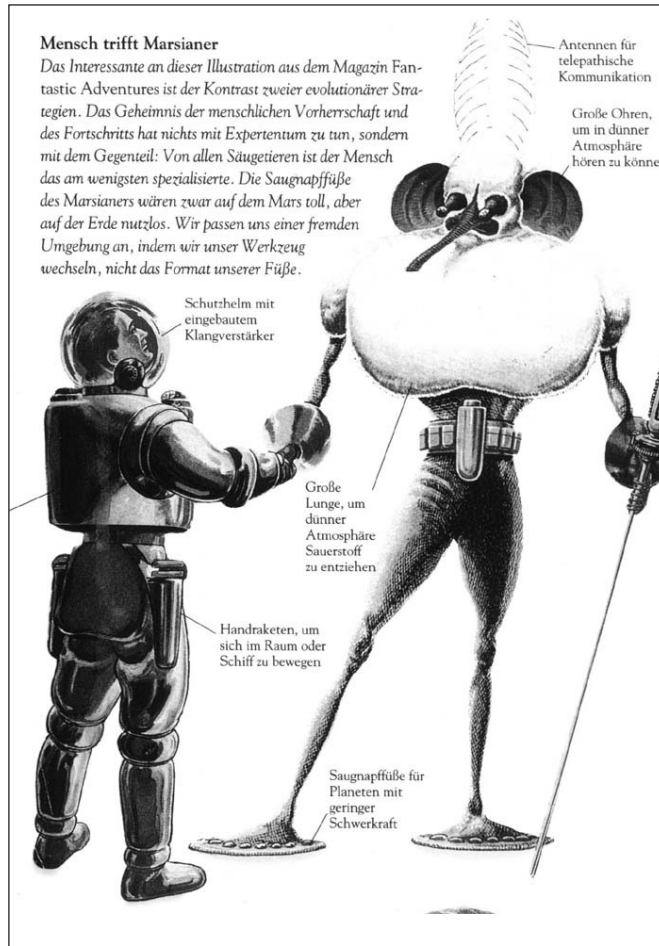
Markt und biowissenschaftliche Forschung verschärfen soziale Spaltung ...

Züchtung eines Übermenschen, so beschreibt Künzli das Programm der Bio-

wissenschaftler des Londoner Symposiums, dessen Nachwirkungen bis in die heutige Debatte greifen. Was damals zum großen Teil nur Theorie und Wunsch war, ist heute zur Realität geworden. Dazu bedurfte es aber nicht nur des spekulierenden Wissenschaftlers. Eine Neo-Trinität, angelehnt an das Heilsversprechen durch Gottvater, Sohn und Heiligen Geist bestimmt den Gang der biowissenschaftlichen Forschung. Die drei neuen Heilsbringer heißen: Kapital, Technik und Naturwissenschaft. „Diese neue Dreifaltigkeit von Kapital, Technik und Wissenschaft kommerzialisiert, technisiert und akademisiert in steigendem Maß unsere Lebenswelt... Wenn der Mensch seine weitere Evolution in die eigenen Hände nimmt, daraus aber ein den Gesetzen des globalen kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzsystems, und das heißt dem Gewinnstreben unterworfenen Geschäft macht, dann wird diese Autoevolution nicht durch die Neugier, das Wissen den Ehrgeiz, die Ethik der Forscher bestimmt, sondern weitgehend durch die Zwänge, denen unser Geld-, Gewinn- und Konkurrenzwirtschaft unterworfen ist. Das aber bedeutet: Der Markt, der weder moralisch noch sozial, noch demokratisch ist, bestimmt zumindest die Hauptrichtung der Evolution.“ (109/113)

Und diese Evolution wird sich dann klassenspezifisch weiterentwickeln. Der Molekularbiologe Lee Silver von der Princeton-Universität hat in dem Science-Fiction Roman „USA, 15. Mai 2350“, folgendes Szenario entwickelt: „Alle Menschen gehören nunmehr einer von zwei Klassen an. Die Menschen der einen Klasse werden als die Naturbelassenen bezeichnet, die der zweiten als die Gen-Angereicherten oder einfach als die Gen-Reichen... Die Gen-Reichen – ungefähr zehn Prozent der amerikanischen Bevölkerung – haben allesamt synthetische Gene: Erbgut, das im Labor geschaffen wurde... Die Gen-Reichen sind die moderne Version des Erbadels: genetische Aristokraten.“ (Künzli, 120)

Dass diese Fiktion ihre reale Grundlage hat, beweist ein Artikel den Jean-Pierre Pappart und Philippe Chastonay, beides Fachärzte für öffentliche Gesundheit am Institut für soziale und präventive Medizin der Universität Genf, zusammen mit Dominique Froidevaux, Mitglied der Dritte Welt Kommission der Katholischen Kirche Genf, geschrieben haben. In dem Aufsatz: „Gesundheit als Marktsegment“, weisen sie auf die Forschung an menschlichen Embryonalzellen hin und sprechen von der „Gefahr einer





Der rote Teufel erschafft sich den Mensch aus der Flasche. Sujet aus einem der ersten Filme Méliès von 1899.

neuen Apartheidpolitik“. Die Gesundheit, so meinen sie, könnte das Handelsprodukt der Zukunft werden. Eine der Gefahren liege „in der Vergrößerung der Ungleichheiten im Verhältnis zu Leben und Tod... Die Allerreichsten werden sich demnächst eine auf die eigene Person zugeschnittene Prognose- und Präventivmedizin leisten können, die sie biologisch quasi zum Selbstversorger macht, so dass sie der menschlichen Solidarität nicht mehr bedürfen.“ Die nahe Zukunft halte „eine ungeheure Vergrößerung der Ungleichheiten bereit, und zwar nicht nur der ökonomischen, sondern immer mehr auch der gesundheitlichen. Gerade in punkto Lebenserwartung dürfte die Kluft zwischen Arm und Reich sich drastisch vertiefen. Das gelte auch für die Kluft zwischen der Ersten und der Dritten Welt. Man werde es in Zukunft auf die „Organe der Bewohner und das genetische Material der Pflanzen abgesehen haben, welche die dortige Bevölkerung... jahrhundertlang geschützt und kultiviert hat. Das neue Nord-Süd-Verhältnis ist also eines der Bio-Sklaverei und Bio-Piraterie.“ (Künzli, 121/122)

...und ist antidemokratisch

Eine weitere Folge der „Neo-Trinität“ ist die Zerstörung von demokratischen Einflussmöglichkeiten. Gregory Palast, Redakteur bei Londoner Observer beschrieb die Komplizenschaft des Monsanto-Konzerns mit der amerikanischen Regierung, die verhinderte, dass ein negativer Bericht über ein Monsanto-Produkt an die Öffentlichkeit gelangte. Es handelt sich um ein Hormonpräparat, das die Milchproduktion bei Kühen erhöht. Daten aus dem Hause Monsanto zeigten aber, dass das Produkt Krebs bei Menschen auslösen kann. Die Wissenschaftler, die das veröf-

fentlichen wollten, wurde von Monsanto daran gehindert, mit der Begründung, diese Daten seien Eigentum der Firma und vertraulich. In den USA ist dieses Präparat inzwischen im Einsatz. Hintergrund für die Zustimmung der zuständigen Behörde war ein Gutachten, das von Dr. Margaret Miller von der US Food and Drug Administration erstellt wurde. Diese Frau Miller war vor ihrer Anstellung bei dieser wichtigen Behörde Chefin des Monsanto-Laboratoriums, das sich mit der Analyse des Hormons befasste. Die Behörde untersagte auch einen kritischen Bericht zu dem Hormonpräparat mit der Begründung, es bestehe die Möglichkeit einer Beeinträchtigung der kommerziellen Interessen des Monsanto-Konzerns.

„Demokratisch legitimierte und kontrollierte Gewalt läuft bei einer solchen Entwicklung Gefahr, zugunsten einer demokratisch nicht legitimierten und nicht kontrollierten Gewalt eines globalisierten und vernetzten Imperiums von Labors, High-Tech-Unternehmen, Pharmakonzernen, Börsen, Zentralbanken usw. abdanken zu müssen“ (Künzli, 123/124) 1943 schrieb der Basler Historiker Adolf Gasser – als Reaktion auf Faschismus und Nationalsozialismus (sozusagen ein erster Versuch der Globalisierung) – das Buch „Gemeindefreiheit als Rettung Europas“. Hier beschreibt Gasser als Wesen der Demokratie die kommunale Selbstverwaltung. Künzli stellt daran anknüpfend nun grundsätzlich in Frage, dass diese Art von Demokratie mit der Globalisierung unter Kontrolle der Neo-Trinität vereinbar sei.

Wie dieser Widerspruch zu lösen ist, finden sich nicht in Künzlis Buch. Im Grunde sieht er in der Unlösbarkeit solcher Art von Widersprüchen eine Grund-

tendenz unserer Zeit. Da Künzli kein Naturwissenschaftler ist, sondern Philosoph, wie er fast zu Entschuldigung in der Einleitung seines Werkes betont, bleiben seine Aussagen auch dem Sowohl-als-auch verhaftet. Dies sieht er aber als eine entscheidende positive Variante des menschlichen Denken und Handelns. Denn das Negativbild eines solchen Menschen ist ja gerade der positive Naturwissenschaftler, dem alles klar und nichts geheimnisvoll erscheint. Ganz anders Künzli, für ihn ist „das paradoxe Signum dieser Zeit die Unberechenbarkeit des Berechenbaren“. (198) *hav*

1) Man and his future. A Ciba Foundation Volume. – Dt. Ausgabe: Das umstrittene Experiment: Der Mensch. Hrsg. von R. Jungk u. H.J. Mundt. 1966

Menschenmarkt von Arnold Künzli, 19,90 DM, 206 S., Rowohlt TB-V., 2001

Über den Verfasser

Arnold Künzli, geb. 1919 in Zürich, Studium der Philosophie, Germanistik und Romanistik. Nach der Promotion mit einer Arbeit über Sören Kierkegaard Auslandskorrespondent der Basler National-Zeitung. 1964 Habilitation an der Universität Basel für Philosophie der Politik mit einer Arbeit über Karl Marx. 1971 a.o. Professor, 1984 emeritiert. – In den 60er und 70er Jahren engagiert im christlich-marxistischen Diskurs, im Dialog-Zentrum Center for the study of democratic institutions im kalifornischen Santa Barbara sowie in der jugoslawischen Praxis-Gruppe und deren Sommerschulen auf der Insel Korcula. Wichtigste Veröffentlichungen: Die Angst als abendländische Krankheit (1949); Das entfremdete Paradies (1963); Karl Marx. Eine Psychographie (1966); Über Marx hinaus (1969); Aufklärung und Dialektik (1971); Tradition und Revolution (1975); Mein und Dein (1986); Trikolore auf halbmast (1992); Gotteskrise. Fragen zu Hiob. Lob des Agnostizismus (rowohlts enzyklopädie 1998).

Buchtipps

Marx wird wieder aktuell

Francis Wheen: Karl Marx

Es wäre an der Zeit den Schleier des Mythos zu lüften und den Menschen Karl Marx neu zu entdecken. Nicht mehr und nicht weniger ist das große Vorhaben umschrieben, dem sich Francis Wheen, Redakteur der Zeitschrift „The Guardian“ mit einer neuen Marx-Biographie verschrieben hat. In England erschien diese Biographie 1999 und war monatelang auf dem ersten Platz der Literatur-Hitparaden.

Mensch aus Fleisch und Blut, bürger-

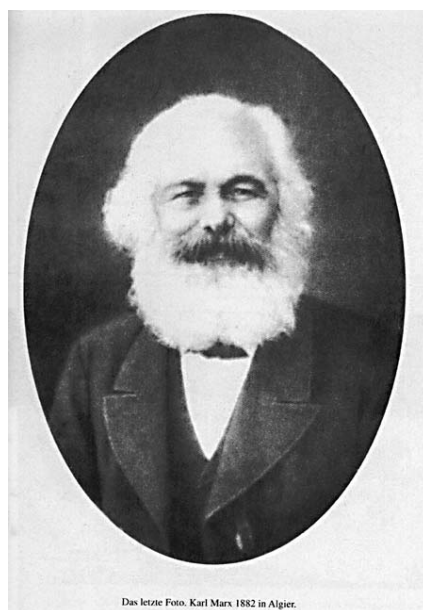
licher Gentleman und zorniger Agitator, geselliger Gastgeber, der es sich aber dann mit allen Freunden verdarb, hingebungsvoller Familienvater, der aber dann das Dienstmädchen schwängert, ernster Philosoph mit Schwächen für Wein, Zigarren und Witze.

So umschreibt Wheen Karl Marx, den er bisher nur aus Literatur von „Akademikern und Eiferern“ kannte, und der ihm aber wie man aus seiner biographischen Abhandlung so nach und nach erkennen kann, doch einigermaßen ans Herz gewachsen ist. Man kann sagen, da hat jemand Karl Marx neu entdeckt und will das nun einer größeren Menschen-schar mitteilen, dass hier noch viel Neues über Marx (und im übrigen auch über Engels) zu entdecken und zu lernen ist. Wie schon im Vorwort angekündigt, geht es dabei Wheen nicht um ein abermaliges Durchmahlen des theoretischen Materials, ob nicht doch noch zu finden wäre, dass alles ganz anders gemeint war, wie es dann gekommen ist. Menschliches, Allzumenschliches breitet er aus und geht die Darstellung des theoretischen Stoffes doch mit sehr lockerer Hand an.

So heißt es unter der Frage was ist Dialektik: „Jedes Schulkind, das mit Magneten spielt, oder jede Kontaktbörse wird bestätigen, das sich Gegensätze anziehen. Geschähe dies nicht, wäre das Menschengeschlecht längst ausgestorben. Frau paart sich mit Mann, und aus ihrer heißen Umarmung entsteht ein neues Wesen, das diesen Vorgang schließlich wiederholt – nicht immer, aber oft genug, um das Überleben und die Entwicklung der Art zu sichern. Die Dialektik erfüllt eine ähnliche Funktion für den menschlichen Geist. Eine Idee in der nackten Form der These lässt sich in einen leidenschaftlichen Kampf mit ihrer Antithese ein, woraus eine Synthese entsteht. Diese wird zur neuen These, die sich bald darauf von einem weiteren dämonischen Geliebten verführen lässt. Aus zweimal Minus wird ein Plus, aber auch dieses, kaum geboren, wandelt sich zum neuen Minus, das ebenso kritisch behandelt werden muss wie seine Vorgänger, und so schreiten wir voran.“ (35) Nun ja. Aber entschuldigend schreibt Wheen dann gleich darauf: „Ich vereinfache natürlich, aber Hegel muss man vereinfachen, da vieles an seinem Werk sonst in undurchdringlichem Dunkel verbliebe.“ (35)

Schön ist dann aber doch, dass Wheen vermerkt, dass sich Karl Marx sehr viel Mühe machte, dieses Dunkel zu lichten und seinen Lesern Verständliches an die Hand zu geben. Die Auseinandersetzung Marxens mit Hegel wird bei Wheen im Wesentlichen dann auch mehr von der psychologischen Seite geschildert. Wheen meint hier Sensationelles zu berichten, aber schon in der ersten und fundiertesten Marx-Biographie von Franz Mehring finden wir einen Bericht über den seelischen Zusammenbruch des neunzehnjährigen Marx, der, weil er sich nicht über Hegel erheben konnte, suizid-

gefährdet war. Ein Arzt verordnet darauf hin absolute Ruhe, und wir erfahren, das Marx in dem Örtchen Strehlau bei Berlin ein Haus bezog und sich streng dialektisch von Hegel befreien konnte. Nicht zu kurz kommt dann die Darstellung der Versuche Marx', in den folgenden Jahren über Hegel hinaus zu kommen. Wheen zitiert aus den wichtigsten Schriften, so dass der Gang der Ideen Marxens deutlich wird. So gut gemeint die Absicht Wheens ist, den „wahren“ Marx wieder zu entdecken und ihn vor seinen Epigonen und Verfälschern zu retten, so wirkt die Methode doch zuweilen sehr penetrant. Man hat manchmal den Eindruck, dass Wheen wohl meint, erst mit seinem Buch begänne die Marxforschung wieder neu. Besonders das Hauptwerk Marx', „Das Kapital“, hat es ihm angetan. Hier hätte die Kritik aber hundert Jahre geschlafen und das Werk völlig falsch interpretiert, denn so Wheen: „Marx ... versuchte in seiner Jugend einen eigenen komisch-surrealistischen Roman zu schreiben. Fast dreißig Jahre später hatte er Gegenstand und Stil endlich gefunden ... Das Kapital ist voll von Systemen und Syllogismen, Paradoxa und Metaphysik,



Das letzte Foto. Karl Marx. 1882 in Algier.

Theorien und Hypothesen, abstrusen Erklärungen und launigen Albernheiten.“ (366/367) Aber dies ist nicht negativ gemeint, sondern mit guter Absicht, denn: „Um der abgedrehten Logik des Kapitalismus gerecht zu werden, ist Marxens Text getränkt, ja geradezu vollgesogen mit Ironie, einer Ironie, die den Lesern über hundert Jahre lang entgangen zu sein scheint.“ (367) Da Wheen selbst der Auffassung ist, hier habe er eine etwas „ausgefallene Meinung“, hat er akribisch Textstellen aus dem Kapital zusammengetragen die seine Meinung stützen. Da diese wirklich gut sind, will ich sie der Leserschaft nicht vorenthalten. Folgendes ist aus den „Theorien über den Mehrwert“, dem sogenannten Vierten Band des „Kapitals“:

„Abschweifung (Über produktive Ar-

beit) Ein Philosoph produziert Ideen, ein Poet Gedichte, ein Pastor Predigten, ein Professor Kompendien usw. Ein Verbrecher produziert Verbrechen. Betrachtet man näher den Zusammenhang dieses letzten Produktionszweiges mit dem Ganzen der Gesellschaft, so wird man von vielen Vorurteilen zurückkommen. Der Verbrecher produziert nicht nur Verbrechen, sondern auch das Kriminalrecht und damit den Professor, der Vorlesungen über das Kriminalrecht hält, und zudem das unvermeidliche Kompendium, worin dieser selbe Professor seine Vorträge als Ware auf den allgemeinen Markt wirft ... Der Verbrecher produziert ferner die ganze Polizei und Kriminaljustiz, Schergen, Richter, Henker, Geschworene usw.; und alle diese verschiedenen Gewerbszweige, die eben so viele Kategorien der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit bilden, entwickeln verschiedene Fähigkeiten des menschlichen Geistes, schaffen neue Bedürfnisse und neue Weisen ihrer Befriedigung... Bis ins Detail können die Einwirkungen des Verbrechers auf die Entwicklung der Produktivkraft nachgewiesen werden. Wären die Schlösser je zu ihrer jetzigen Vollkommenheit gediehen, wenn es keine Diebe gäbe. Wäre die Fabrikation von Banknoten zur ihrer gegenwärtigen Vollendung gediehen, gäbe es keine Falschmünzer?... Und verlässt man die Sphäre des Privatverbrechens: Ohne nationale Verbrechen, wäre je der Weltmarkt entstanden? Ja auch nur Nationen?“ (MEW 26.1/363/364)

Wheen kommt ob solcher Sätze ins Schwärmen. Und recht hat er. Gibt es auch manche krude Abschweifung in Wheens biographischer Darstellung von Marx (wie z.B. seine Erörterung über die Rolle seiner dichten Behaarung und deren Bedeutung für die politische Arbeit), so kommt doch gut rüber, dass es sich lohnt, wieder die Texte von Marx und Engels zu lesen und sich über die Konsequenzen in der heutigen Zeit seine Gedanken zu machen. Denn das ist Wheen Fazit: „Als ich mit den Recherchen zu dieser Biographie begann, haben mich viele Freunde mitleidig, ja sogar ungläubig angesehen. Warum, so fragten sie sich, sollte jemand über eine so diskreditierte, aus der Mode gekommene, bedeutungslose Figur schreiben ... Ich blieb jedoch bei meinem Vorsatz, und je gründlicher ich Marx studierte, desto größer wurde mein Staunen, so aktuell erscheint er mir.“ (13)

Ein Buch, das man, glaube ich, durchaus empfehlen kann. Eindrücklich ist auch seine Schilderung, wie die Familie Marx von einem Exil ins nächste getrieben wurde und wie unter erbärmlich armen Verhältnissen so manch ein Tag im Hause Marx verbracht wurde und nur durch die aufopferungsvolle Tätigkeit von Jenny Marx das große Werk vonstatten ging. *hav*

Francis Wheen: Karl Marx. Aus dem Englischen von Helmut Ettinger. C. Bertelsmann Verlag, München 2001, 510 S., 48 Mark

Sie half Heartfield, Heym und Bredel

Die tschechoslowakische Malerin Hella Guth

Von René Senenko, Deutsch-Tschechische Nachrichten Nummer 30

Fünfzehn Jahre sind vergangen, seit die Bielefelder Kunsthistorikerin Irene Below die hierzulande vergessene Malerin Hella Guth in Paris aufgespürt hat. Noch sechs Jahre hatte Hella Guth zu leben, – Zeit genug für Irene Below, um noch Interviews mit der Künstlerin führen zu können und ihr mit drei Ausstellungen in Deutschland eine späte Anerkennung widerfahren zu lassen.

Die 1908 in Westböhmen geborene und in einem jüdischen Elternhaus aufgewachsene Hella Guth zog es nach ihrem Wiener Kunstgewerbebestudium nach Prag. Die moderne Metropole übte eine große Anziehungskraft auf junge Künstler aus. Dort fand sie als Grafikerin Ar-

beit. Nach einem selbstbestimmten Leben stand ihr der Sinn. Sie schloss sich gleichgesinnten jungen Künstlern an. Später sagte sie über diese Zeit: „Wir haben viel Quatsch gemacht, uns viel herumgetrieben. Da(mals) bin ich in Hosen herumgegangen: Zu der Zeit war das eine Sensation.“ Als 1933 viele politische Flüchtlinge, unter ihnen bekannte Schriftsteller, aus Deutschland nach Prag flüchteten, engagierte sich Hella Guth in zahlreichen Initiativen für sie, so auch im Stimmorchester „Studio 34“, das von Hedda Zinner und Fritz Erpenbeck ins Leben gerufen worden war. Und was den meisten exilierten Künstlern und Literaten versagt bleiben musste, die deutschsprachigen Aufführungen des Studio 34, in dem Hella Guth auch als Darstellerin mitwirkte, hatten in Prag überraschend Erfolg! Die Arbeiten Frans



Das Foto aus Willi Bredels Nachlass. Das Original befindet sich heute im Archiv der Akademie der Künste Berlin.

Masereels und George Grosz' vor Augen, wollte sie aber auch mit ihren Grafiken eine unmittelbare politische Wirksamkeit erzielen. Sie lieferte Zeichnungen für die Satirezeitschrift „Der Simplicus“, entwarf eine Solidaritätspostkarte für die Angeklagten im Reichstagsbrandprozess und druckte Plakate. Ihre Holzschnitt-Mappe zu Brechts Dreigroschenoper, die damals in aller Welt Uraufführungen erlebte, fand in Prag eine gute Presse.

Auch mit dem nach Prag geflüchteten John Heartfield arbeitete sie zusammen. Heartfield schuf im Exil die besten seiner Fotomontagen. In der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung wurden sie regelmäßig veröffentlicht. Seiner Kunst fühlte sich die Künstlerin verbunden, und für dessen Fotomontage „Der Henker und die Gerechtigkeit“ saß sie Modell als Justitia-Figur. Ein großer Teil des gesellschaftlichen Lebens spielte sich in jenen Jahren in den Prager Kaffeehäusern ab. Auch Hella Guth ging in den Cafés ein und aus, traf sich dort mit Freunden und machte Skizzen von den Gästen. Zusammen mit dem jungen Stefan Heym, der nach seiner Flucht aus Berlin mit Artikeln für Prager Zeitungen seinen Lebensunterhalt fristete, hat Hella Guth an Reportagen gearbeitet – er als Journalist, sie als Zeichnerin. Stefan Heym erinnerte in seinem Memoirenband „Nachruf“ an sie (Kapitel 6). Im Jahr 1939, nach Hitlers Einmarsch in Prag, musste Hella Guth aus ihrer Heimat fliehen; sie entkam – wie Tausende andere – über die einzige noch passierbare Grenze nach Polen und von dort nach London. 1951 ließ sie sich in Paris nieder. In den 50-er und 60-er Jahren machte sie sich als Vertreterin abstrakter Malerei einen Namen. Hin und wieder gab es in Westeuropa Expositionen ihrer Werke.

Das fehlende Puzzlestück

Im Jahre 1933 hatte Hella Guth in der Nähe des Hradschin ein eigenes Atelier



Aus Hella Guths Holzschnitten zu Brecht: Die Moritat von Mackie Messer (1932). Foto: Archiv Below, nach der Guthschen Originalmappe.

ingerichtet. Zeitweilig kamen hier, wie Irene Below berichtet, auch Emigranten aus Deutschland unter. Beiläufig erwähnte Hella Guth vor ihrem Tod, ein Schriftsteller habe damals lange bei ihr gewohnt.

Wer war dieser Schriftsteller? Umgekehrt fand ich im Nachlass Willi Bredels das Foto einer unbekannten jungen Frau, das auf der Rückseite einen ebenso vagen Hinweis trug: Bredel habe bei der abgebildeten Frau nach seiner Flucht aus Deutschland Quartier gefunden. Zwei Hinweise also, die sich wahrscheinlich auf denselben Sachverhalt bezogen. Doch das Puzzelstück, das den Zusammenhang zwischen beiden Indizien herstellen konnte, fehlte noch! Also schickte ich das Foto an den Berliner Historiker Hansjörg Schneider. Er, bekannt durch Veröffentlichungen zum antifaschistischen Exil in der Tschechoslowakei, war es nun, der den entscheidenden Tipp gab. Es könne sich bei dem anonymen Foto aus Bredels Nachlass um die Malerin Hella Guth handeln, so Schneider. Er vermittelte mich an die eingangs erwähnte Bielefelder Kunsthistorikerin Irene Below. Es stellte sich dann schnell heraus, dass die Bielefelderin zwar das besagte Bild nicht kannte, aber ähnliche Aufnahmen Hella Guths aus den 30-er Jahren besaß. Wir verglichen die Fotos und Schneiders Vermutung bestätigte sich. Bredels Foto zeigte Hella Guth.

Willi Bredel

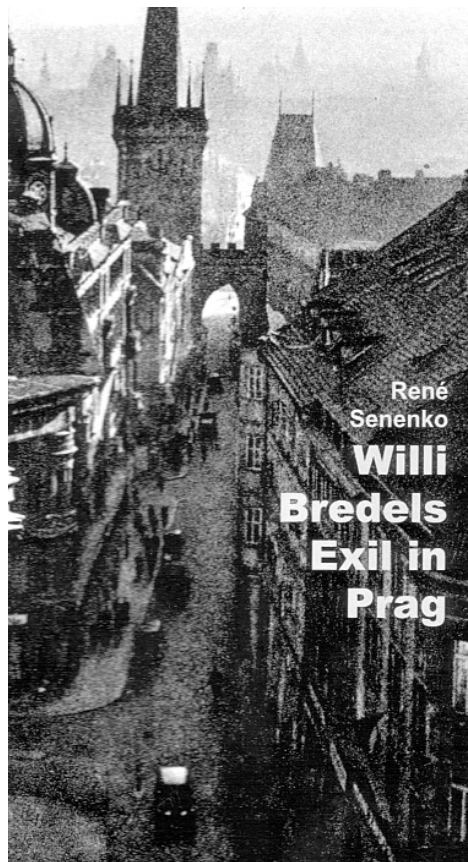
Der Redakteur des KPD-Organs „Hamburger Volkszeitung“ Willi Bredel, nach dem Reichstagsbrand verhaftet, wurde nach einer zwölfmonatigen Haft aus dem KZ Hamburg-Fuhlsbüttel entlassen und entkam zu Pfingsten 1934, wie andere vor und nach ihm, über das Riesengebirge nach Prag. Dank F.C. Weiskopfs Einsatz, der in Prag die Exilredaktion der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung inne hatte, bekam Bredel, der ohne alle Papiere angereist war, den Aufenthalt in der CSR bewilligt. Auch der Malik-Verleger Wieland Herzfelde hatte – bereits ein Jahr zuvor – Zuflucht in Prag gefunden. Er ließ den Hamburger nun an seinem Küchentisch täglich über zwei Stunden seine Hafterlebnisse niederschreiben. Ein Jahr später erschien in Herzfeldes Exilverlag schließlich das Resultat von Bredels Arbeit: Ein dokumentarischer Roman unter dem Titel „Die Prüfung“ – ein Buch, das binnen weniger Jahre weltweit rezensiert, in Auszügen abgedruckt und in zahlreichen Sprachen herausgegeben wurde. „Die Prüfung“ war eins der ersten Dokumente, das die Weltöffentlichkeit auf die Verbrechen in den deutschen KZ aufmerksam machte.

Da es in Herzfeldes provisorischen Verlagsräumen zu eng wurde, machte sich Bredel sehr bald auf die Suche nach einem neuen Quartier. Er fand es im Atelier von Hella Guth. Erst dort fand er im Juni und Juli 1934 Ruhe genug, weiter an seinem Buch zu arbeiten.

Willi Bredels Exil in Prag

Zusammen mit dem nebenstehenden Artikel schickte uns René Senenko, Vorstandsmitglied der Willi-Bredel-Gesellschaft in Hamburg, seine soeben erschienene Broschüre „Willi Bredels Exil in Prag“. Wir haben uns darüber sehr gefreut und möchten sie unseren Lesern herzlich empfehlen.

Der Hamburger Schriftsteller Willi Bredel flüchtete 1934 in die Tschechoslowakei, wo er bis zum Herbst blieb und seinen Roman „Die Prüfung“ verfasste. Ein aus dieser Zeit stammendes Foto von einer zunächst unbekannten jungen Frau – die dann als die Malerin Hella Guth iden-



tifiziert werden konnte – wurde für Senenko zum Anknüpfungspunkt, um die Spuren Bredels in Prag zu erforschen. In sehr knapper, prägnanter Form – der Text umfasst einschließlich zahlreicher weiterer Fotos nur 30 Seiten im schmalen Kleinformat (ergänzt durch vier Seiten Anmerkungen und vier Seiten Literaturliste) – gelingt es dem Autor, die Umstände vorstellbar zu machen, unter denen Bredel in diesen Monaten lebte. Senenko beschreibt die Ergebnisse seiner Spurensuche immer sehr konkret, nennt Namen und Adressen. Die Schauplätze werden wiedererkennbar, für den Prag-Besucher zum Teil anhand von Fotos identifizierbar. Der mit entsprechenden Markierungen versehene Plan der Prager Innenstadt im ausklappbaren Kartonde-

ckel erleichtert zusätzlich das Auffinden historischer Orte, die in keinem Reiseführer vermerkt sind. Wer beispielsweise die Bethlehemkapelle aufsucht, in der einst der große tschechische Reformator Jan Hus predigte, findet unweit davon, in der Betlemská 6, das Haus, in dem der slowakische Unternehmer Karel Stein den Konferenzsaal seiner Firma dem deutschen Schriftsteller und Verleger Wieland Herzfelde als Unterkunft und Verlagsraum zur Verfügung stellte und in dem zeitweise auch Bredel ein Zimmer mit Ernst Ottwald teilte.

Als Sitz von Herzfeldes Malik-Verlag wurde die Betlemská 6 „eine der wichtigsten Adressen für die aus Deutschland verjagten Schriftsteller. Bei Herzfelde publizierten fast alle Autoren von Rang: Brecht, Feuchtwanger, Scharrer, Ehrenburg, O.M. Graf, Scholochow, Sinclair, Becher, Seghers, H. Mann und nicht zuletzt Bredel. Das Credo der von Herzfelde in Prag gegründeten literarischen Exilzeitschrift ‚Neue Deutsche Blätter‘ hieß: ‚Wer schreibt handelt.‘ Der Verleger wollte seine Autoren, unabhängig von ihren weltanschaulichen Positionen, zu einem gemeinsamen Handeln gegen den Faschismus zusammenführen und strebte danach, in diesem Sinne auch die Leser zu aktivieren. Die Worte, die der Verleger in der ersten Nummer der NDB an seine Autoren richtete, stehen für ein Programm: ‚Es gibt keine Neutralität. Für niemand. Am wenigsten für den Schriftsteller.‘“

Am Beispiel Bredels lässt Senenko die Situation der geflüchteten deutschen Schriftsteller insgesamt lebendig werden. Es gelingt ihm, die Atmosphäre der Solidarität und der kämpferischen Intensität zu vermitteln, in der sie – trotz bedrückender materieller Enge, trotz der Sorgen über das Schicksal von Verwandten und Freunden zu Hause und trotz all der Probleme, die mit dem Leben im Exil unweigerlich verbunden waren – schöpferische Kräfte entfalten konnten, um die Menschen innerhalb und außerhalb Deutschlands gegen den Faschismus zu mobilisieren.

Die Sorgfalt, mit der diese Broschüre geschrieben, redigiert und gestaltet ist, lässt darauf schließen, dass sich der Autor und alle, die außer ihm an diesem kleinen Kunstwerk mitgewirkt haben, mit großer Ernsthaftigkeit ihrer eigenen antifaschistischen Arbeit widmen. Danke nach Hamburg!

René Senenko, Willi Bredels Exil in Prag
Hrg. Willi-Bredel-Gesellschaft Hamburg
ISBN 3-929703-00-9

Preis 6 DM / 3 Euro

Bestellungen:

Willi-Bredel-Gesellschaft, Geschichtswerkstatt e.V., Im Grünen Grunde 1, 22337 Hamburg, Tel. 040-591107, Fax 040-591358
Willi-Bredel-Gesellschaft@t-online.de
www.Bredelgesellschaft.de

20.-22. Juli, Genua: *G7/G8-Gipfel und Gegenaktionen.* Offizielle Homepage: <http://www.palazzochigi.it/g8genova/logo.html> Tagungsort: Palazzo Ducale. Protestaktion fast aller größeren Netzwerke (It: Manitese [<http://www.manitese.it>], Fr: Attac [<http://www.attac.org>], Dt. Attac Deutschland [<http://www.attac-netzwerk.de>], ...), geplant: (Groß)Demo (21.07. gegen Rassismus und Migration), Kongress, kleinere Aktionen, Sa.: Großes Konzert der (internat. und ital.) Erlassjahrkampagne; Infos des italienischen Bündnis gegen den G7/G8 Gipfel [<http://www.genoa-g8.org>] (breites Bündnis reicht von kirchlichen Gruppen bis zu den sog. „Autonomen“. Infos in Deutsch: <http://www.attac-netzwerk.de/aktionen/genua>

2. bis 5. August: *Linke Sommerschule* in Sondershausen. (s.u.)

7. bis 9. September, Berlin: *Grenzüber tretungen – Umgang mit dem Anderen.* Die Internationale Konferenz, durchgeführt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem IPP Amsterdam, untersucht die Zusammenhänge von Rechtstextremismus, Migration und Geschlechterkonstruktionen in Polen, Tschechien und Deutschland. Eine Veranstaltung in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem IPP Amsterdam. – Am Köllnischen Park 6-7, 10179 Berlin. Informationen: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon: 030 / 29 78 42 21, e-mail: moe-konferenz@rosaluxemburgstiftung.de – Website: www.rosaluxemburgstiftung.de

9. September: *Kommunalwahlen* und Wahl der Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister in Niedersachsen

14./15. September, Frankfurt: *Antifaschistischer Widerstand und gewerkschaftlicher Kampf.* Gewerkschaftshaus Frankfurt a.M., Historisch-politische Tagung aus Anlass des 90. Geburtstages von Willy Schmidt, ehem. Jugendfunktionär in Duisburg, Organisator der illegalen Arbeit an Rhein und Ruhr, führendes Widerstandsmitglied im KZ Buchenwald, Metaller und Zeitzeuge, u.a. mit: Jürgen Hinzer, Dieter Hooge, Reinhard Kühnl, Günter Judick, Ulrich Schneider, Peter Scherer. Anmeldung erwünscht (bis 10.9.): Horst Gobrecht, Jahnstr. 8, 65185 Wiesbaden, Fax: 0611/40 97 19

15./16. September, Berlin: *Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union,* Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4. Kontakt: Bundesgeschäftsstelle der Humanistischen Union, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel.: 030/204502-56, Fax: 030/20450257. E-Mail: hu@ipn-b.de – Internet: <http://www.humanistische-union.de>

21.-23. September, Arnoldshain: Jahrestagung „Auf der Suche nach Ort und Zeit menschenrechtlicher qualifizierter Politik“ des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Ev. Akademie Arnoldshain. Kontakt: Komitee für

Linke Schule Sommer 2001: 2. bis 5. August, Sondershausen

AG Wirtschaft: Der Kurs Wirtschaft wird sich diesmal auf die Frage konzentrieren, welche Widersprüche und Gegenbewegungen der Anspruch des Kapitals auf gesellschaftliche Dominanz hervorbringt.

AG Geschichte: Zur Einheitsfrontpolitik der KPD

AG Philosophie: Dominierende Richtungen in der Wissenschaftstheorie: Pragmatismus und (Neo-)Positivismus
Nähere Ausführungen siehe Politische Berichte 14/01

Die Linke Schule wird durchgeführt von der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in und bei der PDS. Sie findet statt im Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27 99706 Sondershausen (Thüringen)

Wichtige Hinweise:

1. Für den Kurs Wirtschaft liegen bei Redaktionsschluss zahlreiche Anmeldungen vor. Wir bitten alle noch Zögern den um schnellstmögliche Anmeldung, damit wir uns bei der Vorbereitung des Kurses auf die Bedingungen einstellen können.

2. Einzelzimmer und andere spezielle Wünsche müssen direkt mit „Juventas“ abgesprochen werden. Hier noch einmal die Telefonnummer: (0 36 32) 78 22 59

Anmeldung bei:

Christiane Schneider,
c/o GNN-Hamburg
(Näheres s. S. 2)

Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11 (HH), 50670 Köln, Tel.: 0221/9726930, Fax: 0221/9726931. E-Mail: Grundrechtekomitee@t-online.de Internet: <http://www.grundrechtekomitee.de>

22. September, Fulda: *Wirtschaftskurs* des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Kapitel 19, 20 und 21: Internationaler Handel und Währung, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

23. September: *Bürgerschaftswahlen* in Hamburg

28.-30. September, Bremen: 17. Fiff-Jahrestagung „2001 – Odysee im Cyberspace? Wege und Irrwege der Informationstechnik“. Weitere Infos unter (als pdf-file) <http://fiff.informatik.uni-bremen.de/2001/call.pdf>, Organisationsgruppe in Bremen: Fiff-Jahrestagung 2001, z.Hd. Ralf E. Streibl, Universität Bremen, FB 3 – Informatik, Postfach 330 440, D-28334 Bremen, Tel.: 0421/2010174, e-mail: fiff2001@informatik.uni-bremen.de, <http://fiff.informatik.uni-bremen.de/2001> Kontakt: Forum InformatikerInnen für Frieden (FIFF), Frau Hülsmann, Medemstade 64, 21775 Ihlienworth, Tel.: 04755/911154, Fax: 04755/911026 E-Mail: fiff@fiff.de . Internet: <http://www.fiff.de>

6./7. Oktober, Dresden: *Parteitag der PDS*

12. Oktober, Berlin: *Zur Zukunft der Europäischen Union – die demokratische Dimension.* Inhaltliche Schwerpunkte der Konferenz der RLS sind: * Die Zukunft der Europäischen Union – sozial und demokratisch? * Hauptfragen der Demokratisierung europäischer Politik * Demokratiedefizite im Prozess der Osterweiterung der EU * Das Problem der ungenügenden demokratischen Legitimation in der EU – Möglichkeiten ihrer Überwindung * Entwicklung und Stärkung einer europäischen Zivilgesellschaft * Verfassungsdiskussion in der Europäischen Union * Der Reformprozess nach Nizza – Inhalte und Modalitäten Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch mit Simultanübersetzung. Für weitere Informationen und Anfragen: Dr. Hilde Ettinger Tel.: ++4930 29781152 Fax: ++4930 29781180 E-mail: ettin ger@rosaluxemburgstiftung.de

12./13. Oktober, Stuttgart: *Zukunftsdebatte der Gewerkschaftslinken* – bundesweite Konferenz der Vernetzungsinitiative der Gewerkschaftslinken. Kontakt: Heinz-Günter Lang, Tannenburgr. 17, 64665 Alsbach-Hähnlein, Tel.: 06257-1468, hagelang@gmx.de.

13./14. Oktober, Erkner (bei Berlin): 3. Behindertenpolitischen Konferenz der PDS

21. Oktober, Berlin: *Wahlen zum Abgeordnetenhaus* und Bezirksparkamente (alle 5 Jahre)

16.-18. November, Bad Segeberg: *Fluchtweg Ostsee.* Konferenz des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein anlässlich seines 10. jährigen Bestehens, gemeinsam mit anderen Gruppen und Organisationen in Schleswig-Holstein. Informationen bei: www.baltic-refugee.net

17./18. November: *Symposium zum PKK-Verbot.* Der kurdische Dachverband YEK-KOM und andere laden aus Anlass des achten Jahrestages des PKK-Verbots zu einem Symposium ein, auf dem die bisherigen Erfahrungen des Kampfes gegen das PKK-Verbot und weitere Schritte dagegen beraten werden sollen. Veranstalter ist der Trägerkreis der Kampagne „Verbieten ist, den Frieden zu verbieten“, c/o YEK-KOM, Graf-Adolf-Str. 70a, 40210 Düsseldorf, Fax (02 11) 1 71 14 53, E-Mail: yekkom@gmx.net

24. November, Fulda: *Wirtschaftskurs* des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Abschluss, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

28. November, Brüssel: *Forum Soziales Europa* (die beim letzten Treffen vorgelegten Thesen sind auf einer gesonderten Seite dokumentiert) mit den Schwerpunkten „Konkreter Stand der Arbeitsbedingungen“ und der „Rechte der abhängig Beschäftigten“. Mit Unterstützung des Fraktionsvorsitzenden der Vereinigten Europäischen Linken im Europaparlament, Francis Wurtz. (Quelle: www.sozialismus.de)